

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graubenerstr. 5/6, und durch Postverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Auch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.92, wo keine Post am Orte Mf. 3.34.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abrechnungsbücher werden für die einzelnen Abrechnungsjahre abgegeben. Preis je Buch Mf. 1.00. Bestellungen sind an die Expedition zu richten. Die Expedition befindet sich in Breslau, Neue Graubenerstr. 5/6.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 220.

Breslau, Freitag, den 20. September 1912.

23. Jahrgang.

## Eine Witwe mit fünf Kindern ausgewiesen!

Die Breslauer Polizei hat wieder einmal eine große Tat vollbracht; gegen eine Witwe mit fünf Kindern ordnete sie die Ausweisung an, und am Montag und die Armen mit Gewalt aus Breslau hinausgeschafft worden. Dabei handelt es sich noch um eine Frau, die in Mittelwalde, Kreis Gabelschwerdt, also in Preußen, geboren ist, aber wegen ihrer Verheiratung mit einem Oesterreicher zur „Ausländerin“ geworden war.

Es war der Tischler Schwarzer aus Oesterreich, der viele Jahre hindurch mit seiner Frau und seinen Kindern in Breslau ehrlich sein Brot verdient und sich und seine Familie anständig ernährte. Vor etwa fünf Jahren starb Schwarzer und hinterließ eine Witwe mit sieben unermöglichten Kindern. Wer da weiß, was es heißt, sich als Arbeiter durch die Welt zu schlagen, der wird zu geben müssen, daß für Frau Schwarzer recht trübende Tage ihren Anfang nahmen. Vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein arbeiten und immer wieder arbeiten, um die Kinder zu erhalten, das war ihr Los. Die Frau lief in den Morgenstunden mit Milch und Semmeln herum, nachmittags mit Zeitungen und in den übrigen Stunden des Tages stand sie am Waschtisch oder machte Besorgung.

Die geplagte Mutter hatte darüber hinaus selbstverständlich noch auf ihre Kinder acht zu geben, daß sie ehrlich und anständig einhergehen und ihre Pflichten im Hause, in der Schule und der Lehre erfüllen. Das ist eine schwere Aufgabe für ein Elternpaar; eine hart arbeitende alleinstehende Frau, die viele Stunden des Tages fern von der Wohnung ist, kann sie kaum erfüllen. So ist es kein Wunder, daß ein schulentlassener Sohn, der vielleicht nicht die besten Anlagen besitzt, wiederholt aus der Lehre lief und die Fortbildungsschule schwänzte. Das dauerte eine ganze Zeit, bis die Behörden eintrifften und den Jungen in die Fürsorgeanstalt zu Grottkau steckten.

Damit hätte man wohl die Sache auf sich beruhigen lassen können. Doch mit dem Unterbringen des Sohnes war ja ein „Armen-Unterstützungsfall“ eingetreten, denn die arme Mutter kann selbstverständlich die Kosten der Fürsorgeerziehung nicht tragen. Damit ist sie aber nach den rückständigen Ansichten unserer Herren in den Schreibstuben dem preussischen Staate „lastig“ geworden, und sein „Interesse“ fordert, daß die Frau mit ihren Kindern ausgewiesen wird, ohne Gnade und Barmherzigkeit.

Und die Polizei hat dabei, wie stets, tapfer mitgearbeitet. Vor reichlich einer Woche betrat ein Polizeikommissar die Wohnung der Frau Schwarzer mit den Worten, sie habe möglichst sofort das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Wer könnte die Angst und den Schrecken beschreiben, der die Armut und ihre Kinder erfaßte. Erst die Aufregung mit dem Jungen in der Fürsorgeanstalt, und jetzt — ausgewiesen. Eine Frau mit fünf Kindern, die in Schlessen geboren sind, sich in Breslau eingelebt und das Ausland niemals gesehen haben, sie sollen nun hinaus aus dem Orte, wo sie so viele Jahre kümmerlich ihr Dasein fristeten, der ihnen zur Heimat geworden war.

Aber die preussische Bureaucratie ist in solchen Dingen unerbittlich. Es half nichts, daß sich die verzweifelte Witwe an die Behörde wandte und flehenlich bat, sie doch in Breslau wohnen zu lassen. Montag früh um 7 Uhr erschienen in der Wohnung der geängstigten Frau (Koschützstraße 16) zwei Schulleute und zwei Gesehne. Die 48 Jahre alte Mutter und die fünf Kinder von 7 bis 13 Jahren mußten in aller Eile aus den Betten, auf dem Kommissariat gab's Frühstück und in der Straßenbahnhofs dann eiligst dem Hauptbahnhof zu, wo Fahrkarten nach Grulich in Oesterreich gelöst wurden.

Also, weil ein ungeratenes Kind in die Fürsorgeerziehung kam und die arme, überaus mühsame Mutter die Kosten dafür nicht bezahlen kann, muß sie mit fünf Kindern über die preussische Grenze. Wir müssen dieses Vorgehen gegen die Witwe, die eigentlich gar keine Ausländerin ist, als ungemein hart und schädlich bezeichnen. Der preussische Staat wirft sich stolz in die Brust ob seiner Fürsorge bei verwahrlosten Kindern. Hunderttausende und Millionen, so sagt er, haben wir schon ausgegeben, um Zehntausende von Jugendlichen aus sittlicher Schmach und geistiger Verkommenheit zu ertreten. Die „staats-erhaltenden“ und „frommen“ Zeitungen sind voll des Lobes über die „segensreichen“ Fürsorgeanstalten. Und hier sehen wir, daß wegen ein paar lumpigen hundert Mark, die eine wackere Mutter nicht zahlen kann, sie selbst mit fünf Kindern einer ungewissen Zukunft im fremden Lande überantwortet wird. Wo bleibt da die Fürsorge? Die Verwahrlosten werden untergebracht, aber wenn sie „Ausländer“ zu Eltern haben, dann fort mit ihnen ins „Water-

land“, wo sie von neuem ihr kargliches Brot sich suchen müssen.

Durch solche Ausweisungen wird der größte Schaden angerichtet. Man denke, eine Frau mit fünf Kindern in einem unbekanntem Orte! Herausgerissen aus dem Erwerbseben einer Großstadt, steht die Mutter völlig mittellos da und weiß nicht, was sie anfangen soll. Wahrscheinlich haben es herrlich weit gebracht in unserem Preußenlande. Man spricht von christlicher Liebe und Barmherzigkeit, die alle Welt umfassen sollen; doch kosten sie einige Pfennige, dann werden die Menschen durch Grenzpfähle geschieden, und die Fürsorge reicht nur so weit, wie preussische Polizisten und Gendarmen die „Ordnung“ aufrechterhalten.

Schlessen, die reiche Provinz mit den vielen Millionären in Stadt und Land, ist wieder einmal sehr gütig gewesen und mit weißstrahlendem Ruhme bedeckt worden.

## Niederschlesische Wohnungskultur.

Die Arbeiterschaft des Kreises Waldenburg, die ein Zehntel der Bevölkerung ausmacht, hat unter Wohnungsverhältnissen zu leiden, wie sie schlimmer in ganz Deutschland wohl kaum anzutreffen sind. Der Kreis bildet für sich ein abgeschlossenes Industriegebiet. Die Mehrzahl der Arbeiter ist im Steinkohlenbergbau beschäftigt; den Rest stellen in der Hauptsache Bau-, Porzellan- und Textilarbeiter dar. Die Bezahlung verdient nachweislich die niedrigsten Löhne, die im deutschen Reichsgebiet gezahlt werden. Sie zinsen seit Jahren um eine bessere Existenz, vermochten aber bisher den Grundbesitzern keine nennenswerten Vorteile abzutragen. Die Grundbesitzer führen im Kreise eine unbeschränkte Herrschaft. Sie setzen in den Stadt- und Gemeindeparlamenten, dank des Haus- und Grundbesitzprivilegs, ihren Willen durch, versuchen bei Strafe der gesellschaftlichen Achtung und des geschäftlichen Boykotts den Mittelstand ins Schlepptau zu nehmen. Den verfluchten Arbeitern wird durch drei selbstbedeute, aus der Schule des Reichsverbandes hervorgegangene Sekretäre die frohe Aussicht verbündet, daß ihr Teil nicht in der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften, sondern in den reichstreuen und Kriegervereinen liegt, die hier treibhausmäßig gefördert werden und denen man unter Anwendung des schärfsten Terrors die Mitglieder zutreibt.

Dem Grundbesitz ist zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft kein Mittel zu schlecht. Wir haben es in Niederschlessen mit einem Unternehmertum zu tun, das seinen Verwandten, den rheinischen Kohlen- und Industriebaronen, um nichts nachsteht, und nur einen Willen kennt, nämlich den seinen. Zudem wütet unter der arbeitenden Bevölkerung ein unjagbares Elend, hervorgerufen durch Krankheit, Unterernährung, Stochium und frühen Tod. Eine kurze Betrachtung der Wohnungsverhältnisse, die den sozialen Tiefstand der Waldenburger Arbeiterschaft am trefflichsten illustrieren, möge diese Verhauptung bestätigen.

Da die Gemeinden über das Wohnungswesen keine Statistik führen, hat der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins zur Selbsthilfe gegriffen und Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse im Kreise Waldenburg veranstaltet. Befragt wurden nur organisierte Arbeiter, und zwar über die Anzahl der von ihnen bewohnten Zimmer, über die Zahl der Kinder und die Höhe der Mietpreise.

Es ergab sich nun, daß von 4544 befragten Familien 2730 oder rund 60 Prozent, mit insgesamt 11.148 Köpfen, eine Einzimmerwohnung bewohnten. 1814 Familien oder rund 40 Prozent, mit zusammen 7610 Köpfen, bewohnten eine Zweizimmerwohnung. Dreizimmerwohnungen waren überhaupt nicht anzutreffen.

Ein trauriges, für unseren sogenannten Kulturstaat tief beschämendes Ergebnis, das um so schwerer ins Gewicht fallen muß, wenn man sich vor Augen hält, daß die befragten Familien nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiterbevölkerung umfassen. Nach einer ungefähren Schätzung sind im Waldenburger Kreise 27.000 Arbeiterfamilien vorhanden. Uebrigens wir auf diese das prozentuale Ergebnis — 60 zu 40 Prozent — so erhalten wir 16.200 Familien mit zusammen 64.800 Köpfen, die in einer Einzimmerwohnung haften, und 10.800 Familien mit insgesamt 43.200 Köpfen, die in einer Zweizimmerwohnung haften. Diese Aufstellung entspricht sowohl hinsichtlich der Kopfzahl als auch hinsichtlich der gemachten Erfahrungen den tatsächlichen vorhandenen Verhältnissen. Ja, es kann sogar, ohne zu übertrieben, angenommen werden, daß die Berechnung nach oben hin zu niedrig bemessen ist; daß weit über 60 Prozent der gesamten Familien Einzimmerwohnungen innehaben und daß die auf sie entfallende Kopfzahl noch bedeutend größer als angegeben ist. Organisierte Arbeiter, wachgerufen und für höhere Bedürfnisse geweckt, pflegen im allgemeinen mehr Aufwendungen für Wohnungszwecke zu machen. Da aber

nur solche befragt wurden, läßt sich aus dem Ergebnis ohne weiteres schließen, daß in den Kreisen der unergantesten, geistig trägen und wenig reaganten Masse noch weitaus traurigere Wohnungsverhältnisse anzutreffen sind, die Einzimmerwohnungen prozentual noch stärker vertreten ist.

Die Aufwendungen, die für Miete gemacht werden, schwanken zwischen 65 und 160 Mark pro Jahr. Für Einzimmerwohnungen wird jährlich bis zu 110 Mark Miete verlangt. Der Mietpreis für Zweizimmerwohnungen schwankt zwischen 90 und 160 Mark jährlich. Dabei ist zu beachten, daß man in Niederschlessen unter dem Begriff Einzimmerwohnung nur einen einzigen Raum versteht, ohne Küche oder sonstiges Nebenaemach. Stube mit Küche, Entree oder Alkoven gilt schon als Zweizimmerwohnung, auch wenn der Nebenraum nicht bewohnt und ohne Lichtzuführung ist, was oft anzutreffen ist.

Betrachtet man die von den einzelnen Familien aufgeführten Jahresmieten mit der Zahl der Kinder, so läßt sich allgemein die Tatsache konstatieren, daß mit dem Steigen der Kinderzahl die Aufwendungen für Miete sinken. Je mehr Kinder in der Familie, desto größer die Ausgaben für den Lebensunterhalt. Da diese bei der allgemeinen Teuerung und dem niedrigen Stand der Löhne kaum noch zu erwidern sind, muß an allen Ecken und Enden gespart werden. Man schränkt sich nicht nur in der Ausgabe für Kleidung und andere notwendige Bedarfsartikel ein, sondern auch in der Ausgabe für Miete, und besteht mit dem Wachsen der Familie eine kleinere Wohnung, statt — wie es richtiger und dem hygienischen Gesichtspunkt aus notwendig wäre — eine größere zu finden im Waldenburger Kreise häufig sehr kleine Familien bis zu 10 und 12 Köpfen. Diese aber bewohnen durchweg Einzimmerwohnungen. Nur hiezu verheiratete Leute und solche mit wenig Kindern können sich den „Vurus“ einer Zweizimmerwohnung gehalten, wovon übrigens nicht selten ein Raum an Postkammer vermietet wird. Die Mehrzahl der Häuser sind von verheirateten auf Einzimmerwohnungen zugeschnitten. Es sind die schmucklose Baue, und so angelegt, daß jedes, auch das kleinste Hinkelchen, für Wohnzwecke ausgenutzt werden kann. Dachjuben, die weder beheizt noch verputzt sind, werden meistens an Kostgänger vermietet. Dort oben verbringt der junge Arbeiter vor seiner Verheiratung seine „Muffestunden“. Mein Wunder daher, wenn der junge Arbeiter ins Wirtshaus getrieben wird. Neue Häuser dürfen nach der neuen Bauordnung Einzimmerwohnungen nicht mehr enthalten. Aber auch hier wissen sich die Bau- und Grundbesitzkapitalisten zu helfen, indem der Raum, der sonst für eine Einzimmerwohnung erforderlich war, zu einer Zweizimmerwohnung verumwandelt wird. Die Zimmer werden kleiner gemacht und die Miete steigt.

Wie es in einer Einzimmerwohnung, in der eine sechs bis zehnköpfige Familie haust, ungefähr aussehen mag, kann sich jeder lebhaft vorstellen. Leben beim Betreten eines Hauses sieht und sieht man deutlich, daß in seinem Innern das Elend wohnt. Die Korridore und Gänge sind mit Schränken und anderen Möbelstücken gefüllt. In den Stuben selbst ist so wenig Platz, daß man sich kaum umdrehen kann. Zwei Betten bilden in der Regel die einzige brauchbare Schlafgelegenheit. Fragt man die Leute, wo denn die Kinder, fünf, sechs, sieben und acht an der Zahl, schlafen, so wird in der Regel in einen Winkel gebietet, in dem ein Haufen Lumpen liegt. Das also ist die Schlafstelle der Kinder. Wo Kinderbetten vorhanden sind, müssen oft drei bis vier Kinder in einem Bett schlafen.

Ein derartiger Zustand, in dem weitestens Maße verbreitet, muß naturgemäß schwere sittliche und gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Die niederschlessischen Gerichte haben sich verhältnismäßig sehr oft mit Fällen von Blutsande und Stillstandesverbrechen zu befassen. Und auf gesunde heiliche Gebiete bringen diese Verhältnisse eine eminent große Kindersterblichkeit, eine weit verbreitete Tuberkulose und sonstige Gebrechlichkeiten mit sich. Vor einigen Jahren mußte der Kreisarzt von Waldenburg die traurige Tatsache konstatieren, daß 86 Prozent der Waldenburger Schulkinder krank und unterernährt sind. In den ausgesprochenen Arbeiterorten Gottesberg, Alwasser, Weisklein, Gernsdorf, Dittersbach, Jellhammer, Salzbrunn, Sandberg und noch anderen im Kohlenrevier gelegenen Ortshäfen ist die Krankheitsziffer der Schulkinder eine noch bedeutend höhere. Die Säuglingssterblichkeit betrug in der Stadt Waldenburg vor einigen Jahren 33½ Prozent. Jetzt ist die Ziffer etwas zurückgegangen; es starben von 1000 Säuglingen im ersten Lebensjahre nur noch 220. Auf der Hygieneausstellung in Dresden konnte die Stadt Waldenburg von sich berichten, daß sie mit der Säuglingssterblichkeitsziffer über dem Reichsdurchschnitt steht. Auch hier muß in Betracht gezogen werden, daß in den Nachbarorten, die keine Statistik führen, die Sterblichkeit eine noch viel höhere ist. In der Sterblichkeitsziffer überhaupt macht sich Waldenburg in Schlessen voran. Es starben in Waldenburg von 1000 Einwohnern auf das Jahr umge-

rechnet rund 24. Die obersteleischen Industrieorte weisen eine bedeutend niedrigere Ziffer auf, obwohl sie der Einwohnerzahl nach bedeutend größer sind und auch die Luft eine bedeutend schlechtere ist. Das Waldenburger Industriegebiet ist von hohen Bergen umgeben, welche eine reiche Luft strömt von allen Seiten herein; wenn um trotzdem auf dem Gebiete der Volksgesundheit so vieles im argen liegt, wenn Krankheiten weit verbreitet sind und das Durchschnittsalter ein sehr niedriges ist, so hat das alles seine Ursache in den schlechten Wohnungsverhältnissen. Und damit zusammenhängend in der überaus schlechten Entlohnung.

Kurzzeit verfallen die Bergarbeiter in großen Scharen ins Industriegebiet. Sie suchen sich in den rheinisch-westfälischen Kohlenrevieren, wo die Löhne im allgemeinen höher sind als in Niederschlesien, eine neue Heimat. Seit Anfang des Jahres sind nahezu 1000 Bergarbeiter, meist Familienväter, abgewandert. Diese Abwanderung ist für das wirtschaftliche Gedeihen des Kreises von großem Schaden. Die Abwanderenden sind meist intelligentere Arbeiter mit höheren Bedürfnissen. Sie werden ersetzt durch Arbeiter, die aus den schwarzen Kreisen Maas, Münsterberg, Sabelschwerdt und Neutode herangezogen werden, und äusserst bedürftig sind. An eine Steigerung der Löhne ist unter solchen Umständen kaum zu denken. Auch daran nicht, daß von den Grubenverwaltungen oder von den Stadt- und Landgemeinden etwas getan wird zur Verringerung des Wohnungsbedarfs. Die Arbeiter haben in den Gemeinde- und Stadtparlamenten keinen Einfluß. Der Grundbesitz und das Grubenkapital führen in den Kommunen das Ruder. Daher wird immer lauter und mit immer größerem Nachdruck die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes gefordert werden.

Eine allgemeine Hebung der Lage der arbeitenden Klasse, und vor allem die Schaffung günstiger Wohnungsverhältnisse, sie vermögen allein Hilfe zu bringen. Der Gesellschaft neue und brauchbare Glieder zuzuführen und somit die breite Masse der Völker auf eine gesicherte Grundlage zu stellen, das muß die erste Aufgabe einer fortschrittlich gewonnenen Regierung sein. Da sich die Regierung nicht von allein dazu bequemen wird, heißt es für die Arbeiter: ans Werk!

## Politische Ueberfahrt.

### Zur Reichstagswahl in Schlettstadt.

Wohl selten sind in einem Wahlkampf die Leidenschaftlichkeiten auf solche Höhe getrieben worden, wohl selten hat der klerikale Fanatismus solche Blüten gezeitigt, wie in der Nachwahl im elsass-lothringischen Wahlkreis Schlettstadt-Var. Um die einst so sichere klerikale Hochburg fürchteten die Zentrumsler, so daß sie in ihrer Angst einen Kampf führten, der bei jedem anständigen Politiker ein Gefühl des Efels hervorruft. Verleumdungen, unwahre Berichte, persönliche Herabsetzung der antikerikalen Kandidaten, Saalabtreiberereien sind bei den Klerikalen in Elsass-Lothringen, wo man bei den Reichstagswahlen die Sozialdemokratie für das Erscheinen des hallenschen Kometen verantwortlich machte, harmlosigkeiten. In Elsass-Lothringen greift die Geißlichkeit aktiv in den Wahlkampf ein und zwar in einer Weise, die man einfach für unmöglich halten sollte. So agitierte für den Zentrumskandidaten Pfarrer Dr. Maeggen, ein Kollege, Abbe Fashauer in einer Art, daß selbst bürgerliche Zeitungen über sein Auftreten schreiben,

die Auslassungen dieses Geistlichen standen auf einem derart tiefen Niveau, wie das bisher selbst beim Schlett-

stadter Zentrum kaum erreicht worden ist. Seine Rede und seine Zwischenrufe waren von solch abstoßender Art, daß wohl mancher Zuhörer sich sagen mußte, daß eine Sache, für die man in dieser Weise kämpft, nicht gut sein kann.

Dieser Verfall der christlichen Nächstenliebe trieb es so weit, daß er in keiner liberalen Versammlung mehr reden durfte. Die Versammlungen gingen meist ruhig ab und nahmen auch einen ruhigen Verlauf — wenn keine Geistlichen anwesend waren. In Epsig a. B. war bei 200 Anwesenden nur ein Aufseher, der Abbe Nolmann. In Hilsenheim scheiterte der Versuch der Geistlichen, eine liberale Versammlung zu zwingen, trotzdem der Ortsgeistliche den Versammlungsleiter aufforderte, „seht das Maul zu halten“. In Erlenhach, einem badenwürttembergischen Ort, wollte der sozialdemokratische Kandidat Imbs sprechen. Die Versammlung wurde gesprengt. Damit war aber die „gute Sache“ noch nicht erledigt. Bis an die nächste Wahlaktion verfolgte eine Kohorte Klerikaler unsere Genossen unter fortwährendem Schimpfen auf die „Lumpen, Schwindler, Schlappe“ usw. Zwischen durch flogen unser Genossen als Fische klerikaler Moralvergiftung Steine am Kopfe vorbei. Von all den Tugenden Fäulen, in denen Geistliche durch aufschallendes Reden mit dem Kopf und befälliges Lachen ihr Einverständnis den Krakeelern ausdrückten, soll hier gar nicht geredet werden.

Man wird sich wundern, daß die untere Geistlichkeit so ungeniert vor den Augen ihrer höheren Behörden „arbeiten“ konnte. Wenn man aber nachstehendes Schreiben, das einer Redaktion in Schlettstadt auf den Tisch geklopft ist, liest, hat man den Schlüssel zum Rätsel. Der Kreiszentrumchef, Sanitätsrat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der elsass-lothringischen Zentrumsparlei, Dr. Schott, hat ein in französischer Schrift an die gesamte Geistlichkeit des Kreises gerichtetes Rundschreiben verschickt, in dem es unter anderem heißt:

„Die kirchlichen Herren Geistlichen des Kreises werden unter Hinweis auf die Wichtigkeit des Sonntag (Montag 16. 9. war die Nachwahl E. B.) angewiesen, sich sofort persönlich davon zu überzeugen, ob das Stimmenträgermaterial und die Flugblätter auch richtig von Haus zu Haus ausbreitet, ob die Verteilungsleute bestellt sind zur Heberwachung der Wahl, zur Montierung der Stimmzettel.“

Im zweiten Teil des Schreibens heißt es, daß die Kosten sämtlich vom Komitee zu fordern sind, und daß die Herren Geistlichen auf der Kanzel ja vorsichtig sein sollen.

Wie die klerikalen Mäntel arbeiteten, sei nur an einem Fall demonstriert: Gegen den Verleger des liberalen „Schlettstadter Tageblattes“ enthielt sich unter anderem auch der Zorn der Klerikalen. Die größten Verleumdungen über ihn und seine Familie wurden in die Welt gestreut. So wurde von seiner verstorbenen Mutter in einem Zentrumsblatt die unwahre Behauptung aufgestellt, daß sie aus der Armenkasse 900 Mark bezogen habe. Nach einer anderen Lokart ließ es in einer Versammlung sogar gestohlen. Gegen den Verbreiter dieser Lüge, den klerikalen Bezirkskandidaten Kohner, ist daraufhin Strafantrag gestellt worden.

Bei dieser schabigen und traurigen Kampfesart der Klerikalen ist es interessant, zu erfahren, wie die Sozialdemokraten die Klerikalen behandeln. In einem klerikalen Organ ist über eine fortschrittliche Versammlung im Hauptort des Wahlkreises, in Schlettstadt, folgendes zu lesen:

„Als namens des Zentrums Herr Abg. Brophy reden wollte, zeigte sich, was Geistes sind die Fortschrittler sind. Herr Brophy wurde niedergeschrien und erst der Sozialdemokrat Imbs (Kandidat) konnte ihm noch einmal Gehör verschaffen.“

Das hinderte aber die Schwarzen, nicht unseren Genossen in Versammlungen niederzuschreiben, mit Steinen zu bombardieren usw. Diese eine No-

bleise des sozialdemokratischen Gegners mußte den Lehrern der christlichen Nächstenliebe, die im Wahlkampf so „hervorragend tätig waren“, die Schamröte ins Gesicht treiben.

Wenig erbaut von der Wahl des nationalkatholischen Zentrumskandidaten Dr. Haegen sind die altkatholischen und sozialistischen Organe. Selbst die „Tägliche Rundschau“ verurteilt sein „nationalistisches Demagogentum und seine ungeschickte Kampfesweise“ im Wahlkampf, „die ihm eigentlich auch die Sympathien der vornehmer denkenden Katholiken hätte rauben müssen.“

Mit dem neugewählten Zentrumsabgeordneten Haegen ist der Reichstag wieder vollzählig geworden, alle 397 Mandate sind besetzt.

## Polizeigewalt gegen Volksrechte.

In Plauen i. V. soll das Gemeindevahlrecht vergrößert werden. Es fanden deshalb am Dienstag drei Protestversammlungen gegen den neuen Wahlrechtsentwurf statt, und nach den Versammlungen zogen die Teilnehmer, mehrere Tausend an der Zahl, vor das Rathaus, wo die Stadtverordneten-Versammlung gerade über eine wegen der Fleischsteuerung an die Regierung zu richtende Eingabe verhandelte. Die Polizei versuchte die Demonstration zu verhindern, es kam zu heftigen Zusammenstößen, bei denen die Polizei den blauen Säbel als Argument gegen das Wahlrecht spielen ließ. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet. Es wird uns aus Plauen hierzu geschrieben:

Im Jahre 1906 machte der damals amtierende Oberbürgermeister den Versuch, an Stelle des bestehenden allgemeinen Wahlrechts ein Berufswahlrecht nach Chemnitzer Muster einzuführen. Sein Plan scheiterte, weil der Freisinn das Stadtparlament beherrschte und eine sozialdemokratische Gefahr noch nicht vorhanden war. Jetzt liegt die Situation anders; die Freisinnpartei ist wieder oben auf, aber die Sozialdemokratie ist die nicht auf den Platz gerückt. Bei der letzten Stadtvorordnetenwahl betrug der Abstand zwischen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Stimmen nur noch tausend. In diesem Jahre haben bereits 2500 Einwohner, meistens Arbeiter, das Bürgerrecht erworben, so daß begründete Hoffnung besteht, daß bei der kommenden Wahl die ersten Genossen in das bis jetzt sozialistisches Stadtparlament gewählt werden. Dem sollte noch rasch vorgegangen werden. Der erst drei Monate amtierende neue Oberbürgermeister hat auf Verlangen der Sozialdemokraten einen neuen Entschuldigungsvertrag ausgearbeitet. Der Vertrag soll in Zukunft die Vorherrschaft haben. Der Entwurf bietet ein „Häufchen“ wahlrecht, wobei Besitz und „Bildung“ mehrere Stimmen haben sollen. Die Klerikalen haben 4 mal mehr Stimmrecht als die Armen.

Bisher war es üblich, daß auch den Erfahrmännern der Stadtverordneten alle Druckverlegen zugewandt wurden; der neue Oberbürgermeister kümmert sich um die bisherigen Verlegenheiten nicht; er verweigert den Erfahrmännern auch auf Verlangen die Ausübung seiner Begründung der Wahlentscheidung, weil die Erfahrmänner der sozialdemokratischen Partei angehören.

Die Protestversammlungen waren zu 7 Uhr nach der beiden arbeitsamen Säulen der Stadt einberufen, doch schon kurz nach 6 Uhr waren beide Säule bis auf den letzten Platz gefüllt. Hunderte fanden keinen Einlaß, doch gingen sie nicht nach Hause, sondern warteten im Garten des Gemeindefausthauses und in den angrenzenden Straßen den Verkauf der Versammlung ab. Um 7 1/2 Uhr waren die Versammlungen zu Ende. Nach dem Protest eine Demonstration, das war der einstimmige Wille aller Teilnehmer. Auf dem Altmarkt, vor das Rathaus zogen die Massen ruhig und ernst; alle Schutzleute, in Uniform und Zivil, waren zur Stelle, um die Arbeitermassen von ihrem Vorhaben abzuhalten. Auf 6000 bis 7000 wird die Zahl der Demonstranten geschätzt. Auf dem Platz, wo die Teilnehmer der beiden Versammlungen sich versammelten, wurden die Polizisten plötzlich nervös. Die Massen ließen sich von ihnen nicht zurückdrängen, da zogen sie blank und ließen ihre Säbel auf die Köpfe der Arbeiter niederfallen. Es gelang den Demonstranten, bis vor das Rathaus zu kommen, wo weiterhin schallende Hocks auf das allgemeine, alte Wahlrecht ausgebracht wurden. Hier schlugen einige Polizisten mit ihren Säbeln auf die Demonstranten. Eine

## Die Bagabunden.

Narran von Karl von Hollet.

88!

Das rätselhafte Paar erhob sich nach Beendigung der Tragödie. Anton konnte den Wink, der ihn ebenfalls gehen hieß, wie vorsichtig man ihn auch zu geben genötigt war, doch nicht verkennen. Auch besorgte er ihn gehorsam, in neugieriger Umgebung brennend. Unbekannt aber mit den verschiedenen Ausgängen und Türen des Hauses, zögerte er hin und her tausend so lange, daß die beachtliche nähere Begegnung verjährt wurde. Er mußte, ohne eine Entschuldigung gemacht zu haben, das Lager suchen, auf dem der Schlaf ihn nicht suchte. Dennoch stand er am nächsten Morgen rüstiger, lebenslustiger auf als je zuvor. Der Wunsch, zu erfahren, wer und was die Unbekannte sei, welchen Teil sie an ihm nehme, woher sie von ihm wisse, und die mögliche Wahrscheinlichkeit dieses Wunsches Erfüllung zu erreichen, zeigten ihm Paris, weil er nun irgend einen Eindruck seines Aufenthalts gefunden zu haben dachte, auf einmal in günstigerem Lichte, machten ihm seine Erlebnisse, erträglicher. Jede Stunde günstigen Wetters benutzend, trieb er sich auf Promenaden, in Gassen und Theatern umher, wurde zum „Nanau“ im weitesten Sinne des Wortes, ohne des Wortes Bedeutung und Anwendung zu kennen. Die Boulevard von einem Ende ihrer Ausdehnung bis zum anderen schienen ihm besonders geeignet für die Erreichung seiner Absicht. Per hie Wechsel, den ihr bewegtes Treiben, ihr unermüdbarer Schritt darbietet, unterhielt ihn zugleich und half ihm viele Stunden langweilig vergehenen Trachtens und Darrrens abkürzen. Deshalb verging ein Tag um den anderen, ohne daß ihm die Hoffnung ausging. Was neben ihm her lärmte, tobte, scherzte, lachte, gaulte, zog ihn, ohne daß er es selbst bemerkte, von der eigentlichen Ursache seines Unbehagens ab. Während er einem Ziele zuquellen wähnte, rückte dieses ihm täglich ferner; im Verlaufe einiger Wochen war es fast vergessen; Anton jedoch schon so sehr daran gewöhnt, Straßenplaner zu treten, daß sein kleines Stübchen ihn nur bei Nacht empfing, und daß von Beschäftigung bei Wüdhern, mit der Feder oder auf der Violine gar nicht mehr die Rede war. Die natürliche, unausbleibliche Folge des Müdiganganges stellte sich auch hier bei ihm ein, der Körper ein mehr innerliches Dasein schützt und in seinem Verhalten nach geistiger Entwicklung Schutz gefunden vor unzähligen Verirrungen, denen ein junger Mann sonst nirgend entgeht. Die Reizung dafür fand sich bereits. Noch fehlte nur schlechte Gesellschaft, verführerischer Umgang, und Anton stand am Rande des Stumpfes, worin gar manche ziele Natur untergegangen. Dies erste hielt ihn noch die Ehrfurcht seiner Lage zurück, die Sparsamkeit, wozu der kleine Geldvorrat, den er überaus schnell sich erschöpfen sah, ihn verpflichtete; der lähmende Mangel an Ausflüchten für irgend einen künftigen Erwerb. Jeden Abend sagte er sich mit einbringlicher Mahnung, daß notwendig etwas versucht, ergriffen werden müsse. Jeden Morgen schaute ihn die Befürchtung zurück, daß an den nächsten Sonntag, den er für den Zweck der Selbsthaltung ma-

wolle, gar zu leicht nachfragen sich drängen könnten, die zur Enthüllung seiner bedenklichen Pakeschichte führten. Dann trübte er sich mit dem Selbstigen: Morgen, morgen, nur nicht heute! Das war denn immer die Lösung zu abermaligem Nichtstun und Verschleudern eines kostbaren Tages.

Bei seinen Spaziergängen war ihm unter anderem ein alter Geiger aufgefallen, der täglich, an der nämlichen Stelle sitzend, auf einer besseren Geige, als derlei Teilnehmer zu besitzen pflegen, von früh bis in die Nacht ununterbrochen ein und dasselbe Stückchen aufspielte. Neben ihm stand ein Stuhl, für milde Gaben bereit, doch selten lagen mehrere kleine Münzen darin. Und doch war der Geige ehrwürdig anzuschauen. Anton verfehlte niemals, ihn zu besuchen, wenn er an ihm vorüberging, sah aber jedesmal mit Bedauern, daß er fast der einzige sei, der sich um den verflochtenen Unglücklichen gekümmerte. Desto mehr erlaunte er, als er eines schönen Tages bei hellem Wetter einen großen, dicht gedrängten Kreis von Menschen aller Stände um seinen Schilling versammelt fand und schon von weitem laute Zeichen befalligen Anteils vernahm, die doch unwidriglich dem ureinen Spiele des Bettlers gelten konnten. Er drängte sich auch hinzu und vernahm von den Umstehenden, vor einigen Minuten sei ein eleganter Herr mit einer schön gefalteten Tasse des Beiges gekommen, habe erst mit dem Geige geredet, sodann dessen Wollne ergriffen und spiele nun auf dieser wunderschönen Geige, so daß sich bald ein zahlreiches Publikum gesammelt. Die schöne Dame gehe mit dem Gute des Allen herum und erbitte Gaben für ihn.

Woll Teilnahme für diese geistliche Idee eines Müllers suchte Anton sich letzterem zu nähern, machte sich mühsam Raum, und als er den Spielenden ins Auge fassen konnte, schrie er laut auf, denn Carino stand vor ihm. Dieser, den Ausruf und seinen Namen hörend, blinnte, ohne das Spiel zu unterbrechen, den jungen Fremden stauend an, in dem er augenblicklich den Lebensnerv nachwahrzunehmen unwillig erachtet konnte! Wilmehr bereit sein Gesicht deutlich, daß er nachsinne, und er schaltete sodann den Kopf, um anzudeuten, er wolle wirklich nicht, wer ihn angereise! Anton wollte nur den Schluß des Musikstückes abwarten, um dann weiter vorzubringen und sich zu erkennen zu geben. Doch ehe dies noch erfolgte, war die einsammelnde Dame mit dem Gute des Bettlers in seine Nähe getreten. Sie vermochte kaum den von Kupfer- und Silbermünzen beschwerten Stuhl zu halten. Anton ließ auch seine beschwerende Gabe hineinfallen, wobei er die Dame anblickte und bemerkte, daß sie ihn schon vorher auf eine fast zudringliche Weise anstarrte, als ob sie ihn mit ihren Augen verschlingen wolle, so daß er beschämt die seinigen senkte und sich einen Schritt von ihr zurückzog, weshalb er die wenigen Leise fragenden Worte, die sie an ihn zu richten suchte, nicht deutlich vernahm. Schon stand sie im Begriffe, das eben Gesagte noch einmal zu wiederholen, als über Anton's Schulter hinweg eine Hand nach dem Gute langte und einige Goldstücke hineinfallen ließ. Zugleich fühlte er sich von einer anderen Hand am Kopschopf gepußt, wandte sich, einen ungeschickten Taschendieb argwöhnend, rasch um und erkannte die Dame, die er im Theater gesehen und seitdem vergeblich aufgesucht! Ihr Begleiter,

der die Goldstücke gespendet, führte sie jetzt, — soz sie teilnehmen an seinem Arme aus dem Gedränge fort!

Seine Frage, daß sie es gewesen! Und sie hatte ihm ihre Nähe heimlich kundgeben wollen? Er gedachte nicht mehr der Frau, die so gern sich ihm verständig gemacht hätte; er vergaß den fast bittenden Blick, womit sie ihn betrachtet hatte; er vergaß Carino, und daß er diesen hatte angeschlossen, sich ihm entdecken, seinen Rat und Beistand erbitten wollen! Er vergaß alles und folgte der Fremden, die sich an ihres Begleiters Seite unauffällig nach ihm umdrehte, um sich zu überzeugen, ob er auch ihre Fährte nicht verliere.

In das Tor eines großen Hotels bogen die beiden ein. Er blieb an der anderen Seite der Gasse stehen, wie wenn er nach einer Hausnummer suchte, verfiel dabei aber nicht nach ihr zu schielen, und empfing ein minutiöses Zeichen, das er sich zu auslegte, daß er an Ort und Stelle harren möge. So war es denn auch gesehnt, denn nach Verlauf weniger Minuten lag ein Fünffrankenstück, in Papier gewickelt, zu seinen Füßen.

Ein Savoyarde, der sein Murrelter (das wohl auch über den langjähigen Winterschlaf abgehalten hätte) dicht nebenbei tanzen ließ, wählte, die reiche Gabe gelte ihm, und führte sie rasch darauf hin, daß sein Kopf mit Anton's Kopf heftig gegeneinander schlug und beider Hände sich verhielten.

„Wir teilen“, rief Anton; „der Inhalt für Dich und den Umschlag für mich!“

„Das will ich gern“, sagte der Anabe und steckte den blauen Taler ein.

Der Umschlag enthielt nichts als die Bezeichnung einer Haus- und einer Türnummer in der Straße d'Enfer, mit der Angabe: „Seute Abend zwischen elf und zwölf Uhr. Parole für die Portiere: „le nanier“. — Vorausgesetzt, daß es sich nicht mehr vor Gespenstern fürchtet!“

„Vor Gespenstern fürchtet?“ wiederholte Anton, nachdem er die kleinen, mit Bleistift schnell geschriebenen Zeilen mehr erraten als gelesen. „Vor Gespenstern?“ — Habe ich mich denn je? ... Freilich, einmal! Nur einmal! Aber wer kann darauf um wissen? Wer kann im Finstern meine Vorheit belauschen und das Gedächtnis daran länger als drei Jahre hindurch bewahren haben? Das ist ja mehr wie wunderbar! Ich wähnte damals, den schwarzen Wolfgang zu erblicken, jagte aber mein Phantombild in die Flucht. ... Herr des Himmels, der schwarze Wolf! Da ist die braune Wölfe nicht weit! Ja, wahrhaftig, wo waren meine fünf Sinne! Sie ist es! So gewiß ich lebe, sie ist es! Blind muß ich gewesen sein, sie nicht zu kennen. Welche Schminke mag sie aufgelegt haben, ihre Augen zu blenden; sonst trifft alles zu, alles! Sagte sie mir nicht, daß vor meinem Kammerfenster hängend wie eine Nachtule, daß sie eine vornehme Dame werden wolle? Sie ist es geworden. Sie ist nicht mehr die braune Wölfe, die zu meiden ich dem schwarzen Wolfgang versprechen mußte. Sie ist jetzt eine andere; sie ist eine Dame; mein Versprechen bindet nicht mehr; O, ich komme! Zwischen elf und zwölf Uhr! Ich komme auf jeden Fall!“

„Wiederholung folgt.“



Verlangen Sie

verehrte Hausfrau beim Einkauf von Bleich-Soda

Achten Sie

aber auch darauf, dass Sie wirklich

nur Henkel's Bleich-Soda.

Bleich-Soda mit dem Namen Henkel

Altbekannt und beliebt, praktisch zum Einweichen und Vorwaschen der Wäsche. Unentbehrlich für den Hausputz!

und Schutzmarke „Löwe“ erhalten. Ueberall erhältlich!

1624

Stadt-Theater

„Obert Haberl“, „Der Freischütz“, „Candide“

Lobe-Theater

„Gegen und sein Ung“, „Eine Frau ohne Bedeutung“, „Der verwandelte Kamdiant“

Thalia-Theater

„Halemann's Töchter“, „College Crampton“, „Die letzten Wochen“, „Literatur“, „Katharina Hebrantag“

Schauspielhaus

„Der Cananwall“, „Gai“, „Der Cananwall“

Liebig's Etablissement

„Die Revue der Revuen“ mit Henry Bender

Zeltgarten

Spezialitäten: „Im Tunnel“

Zeltgarten

Kabarett

Viktoria-Theater

Kampf mit einem Alligator unter Wasser

Palmengarten

2 Kapellen

Zirkus Busch

Welt-Kino, Gala-Vorstellung, Nur noch 2 Tage

Der Eid des Stefan Müller

I. und II. Teil, Sensationsdrama

Felix-Zabak

billige Zuckertage

Seine Butterzeugung

Pflanzenbutter

Pfänder-Auktion

Lebt vegetarisch!

Akkumulator

Damen-Konfektion

Vom 19. bis 29. September

Breslau! Auf den Teleshückern Hagenbecks Indienschau

Heute

Donnerstag, 19. Septbr., Eröffnung

Konsumverein Einigkeit für Strehlen u. Umgeg.

Ordentl. General-Versammlung

Konsum- u. Sparverein „Einigkeit“ für Brieg u. Umgegend

Ausserordentliche Generalversammlung

Rohtabak

Reiche Auswahl! Billige Preise!

G. Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Breslau 5, Museumsplatz 4

Sozialdemokratischer Verein Breslau

Mitglieder-Versammlung

Deutscher Kronprinz

Grosses Tanz-Kränzchen

Hentschel, Pöpelwitz

Carl Rother & Rode

Kufexke

Brieg. Geschäftseröffnung

„Der wahre Jakob“

Sozialdemokratisches Wählblatt

Table with 3 columns: Schwach, Lebend, Schlacht. Lists various items and prices.

Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Rohtabak advertisement details

Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Rohtabak advertisement details

Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Rohtabak advertisement details

Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Rohtabak advertisement details

Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Rohtabak advertisement details

Wutke, Inh.: Fritz Gollern

Rohtabak advertisement details

Wir werfen

in die Oder

- List of items and prices: 3 Taschentücher, 3 Staubtämme, 1 Griesferkamm, etc.

London & Co., Oderstr. 5

Die grossen Utopisten

(Fourier, Saint Simon, Owen)

Preis 40 Pfennig

Zu beziehen: Buchhandlung „Volkswacht“

Ein Bild für die Stube des Arbeiters!

Wenn der Riese ruht.

Zeichnung von A. M. Luyt

Preis nur 25 Pfg.

Zu beziehen durch die Volkswacht-Buchhandlg.



Gemeinden Österreichs stand sich wider 1913 und 1914 ein ...

Die höchste Zählungsfehlerquote unter allen europäischen ...

Wreslau hat von allen deutschen Großstädten verhältnismäßig ...

Dabei müssen wir wiederholt auch darauf hinweisen, wie schwer ...

Welche Angestellten sind wahlberechtigt?

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt in Berlin hat auf ...

Also jeder Angestellte hat sich eine Versicherungskarte zu besorgen ...

Vom Schlachtfelde der Arbeit. In einem Steinbruch der westfälischen ...

Fast 1 1/2 Millionen Mark geraubt. Ein Telegramm aus Memphis (Nord-Amerika) ...

Greifenur in einer Zeltfabrik. Heute Nacht 2 Uhr brach in einer ...

Ein Unglücksrabe. In Gelsenkirchen ereignete sich eine kaum glaubliche ...

Schweres Automobilunfall. Auf der von Saarbrücken nach Forbach ...

Von einem fahrenden Personenzug abgeprungen. Aus dem von Weipert ...

Verurteilter Landgerichtsrat. Nach fünfjähriger Verhandlung wurde vom ...

Die Eisenbahner und die Teuerung.

Die wirtlichen Zustände der Teuerung haben unter der ...

Das Reich der Eisenbahner hat die Teuerung, welche die ...

Die Arbeiter der preussischen Eisenbahn zahlen nach ...

Die Lohnbewegung der Beton- und Zementarbeiter.

Der Betonbau entwickelt sich immer mehr und er hat auch eine ...

Die Firmen haben geantwortet, sie seien gern bereit, mit den ...

Nach dieser Erklärung nahm die Ortsverwaltung des Bauarbeiterverbandes ...

Zur Verschmelzung der Breslauer Krankenkassen.

Aus dem Kreise der Krankenkassenmitglieder wird uns geschrieben: ...

Die Zentralisierung der Breslauer Krankenkassen und die Ortskrankenkasse ...

Nach Prüfung der Schrift müssen wir auch sagen, daß darin die ...

Verge zu gehen zu haben, auf einmal von der Kasse häufig ...

Wenn über den Verbrauch der Lebensmittel in einem ...

Nach einige Zahlen stimmen nicht. Der Verfasser gibt von ...

Der Verfasser verlangt eine sachliche öffentliche Prüfung seines ...

Die heilige Person.

Der Arbeitswille ist eine heilige Person, er muß geschützt werden ...

In der Woche vor Pfingsten legten die bei der „Schlesischen ...

Der Angeklagte hat auch nicht die Absicht der Verleumdung gehabt ...

Eine Juwanas-Firma für das Tischler-Handwerk.

Soll am 1. Januar 1913 für Breslau und Umgegend errichtet werden ...

Aus dem Landkreise.

Groß-Mohbern. Festnahme eines angeblichen Wilderers. ...

Deutsch-Lissa. Die Frauenversammlung am 18. d. Mts. ...

Waldfischau. Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr ...

Waldfischau. Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr ...







# 2. Beilage zu Nr. 220 der „Volkswacht“.

Freitag, den 20. September 1912.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

Schluss der Sitzung von Dienstag abend.

### Die Lebensmittelsteuer.

**Scheidemann:** Viele Millionen unserer Volksgenossen sind selbst in den sogenannten guten Zeiten zur Unter-Existenz gezwungen. Dieser außerordentlich anormale Zustand wandelt sich seit einer langen Reihe von Jahren regelmäßig im Sommer in einen direkten Mangel um, der breite Schichten unseres Volkes geradezu zum Hunger zwingt. Die Sozialdemokraten haben regelmäßig auf unsere klaren Forderungen zur Abstellung dieses Mangelzustandes zwei Antworten bekommen. Erstens sagte man, es handelt sich um eine vorübergehende Erscheinung, zweitens sagte man, diese Steuerungsfrage ist international, in allen Ländern ist sie gleich groß. Man kann darüber im Zweifel sein, ob diejenigen, die von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen, das aus Unwissenheit sagen. Richtig ist, dass die Lebensmittel-Steuerungsfrage durchwegs international ist. — Die Ursache liegt in der anarchischen Form, der kapitalistischen Produktion. Große Völkern stehen vor der Frage: Wie wird es möglich sein, das Volk zu ernähren? Wenn so die kapitalistische Produktion die Quelle fortschreitender Verarmung ist, die Verarmung der Sklaverei, so sollte man einer solchen anarchischen Produktionsweise möglichst schnell ein Ende machen. Man sind die internationalen Ursachen der Lebensmittelsteuerung in Abhängigkeit von der Wirtschaftspolitik. Sie können nicht gehemmt werden durch das Mittel der Liberalisierung des Handels. Hier muss es auf andere gehen: Beseitigung der kapitalistischen Produktion und Ersetzung durch den Sozialismus. Die Internationalität der Lebensmittelsteuerungsfrage ist der beste Beweis für die

### Notwendigkeit des Sozialismus.

Wenn die Lebensmittel internationalen Ursachen hat, wenn sie eine dauernde Erscheinung ist, welches Verbrechen am deutschen Volke bedeutet dann eine Wirtschaftspolitik, die bewußtst die Lebensmittel zu verkümmern, zu verringern, zu verarmen lässt. Ich meine nur auf das geradezu unangehörliche System der Lebensmittelsteuer. Das deutsche Volk zahlte in einem einzigen Jahre, 1911/12 125 Millionen Mark Lebensmittelsteuer an diejenigen, die den deutschen Markt vom Ausland entziehen, und um die Preise hoch halten zu können. (Hört, hört!) Diese Steuer zu beseitigen, liegt nicht nur im Lebensinteresse der ganzen deutschen Bevölkerung, sondern auch das gesamte Klein- und Mittelbauerntum hat das größte Interesse daran. Die Lebensmittelsteuer ist die Ursache für die Verarmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt. (Sehr richtig!) Man zu dem alten Zustand, der bei uns jetzt herrscht. Sie alle kennen das Land, wie es seit Monaten wieder durch alle Gassen leuchtet. Aber alle wissen es nicht, wie erbärmlich es in der Masse des Volkes angeht.

Nach Jahresberichten hat der Kaiser bei einer Verfassung über brandenburgischen Grenzen in einer Rede gesagt: Wir haben keine Ursache anzufechten zu sein. (Hört, hört!) In derselben Zeit konnte man lesen, das Tausende von armen Arbeitern die ganze Nacht vor den Freiämtern standen, wo billige Kleider verkauft wurde. Das sind die Gründe der Minder, die in den Provinzialverträgen bis zu 42 vom Hundert im ersten Lebensjahre stehen. (Hört, hört!) Wir wollen uns alle Zeit gerade deshalb mit Wärme und Eifer dieser Fragen des Sozialismus aufopfern. (Beifall.) Wir verlangen die Beseitigung aller Zölle auf Lebensmittel, Fleisch, Butter, Milch, die Festsetzung der Grenzen, damit Schlachtvieh herbeikommen, die Beseitigung der unheimlichen Bestimmungen im § 12 des Zolltarifs und Fleischbeschau-Gesetzes, durch die künstlich ausländisches Fleisch von unseren Grenzen ferngehalten wird. Wir verlangen neben diesen Forderungen an das Reich auch von den Gemeinden, daß sie die kommunale Ernährung des Lebensmittelmarktes überall in die Hand nehmen, den Arbeitern aber muß zugesichert werden, daß sie auch die

### Mittel der Selbsthilfe ausnützen.

Es ist in diesen kritischen Zeiten den Konsumgenossenschaften anzurufen. (Sehr richtig!) Es ist ganz naturgemäß, daß die Arbeiterklasse bemüht sein muß, für die steigenden Lebensmittelpreise einen Ausgleich zu finden, dem Unternehmertum etwas abzurufen, um sich einzuverleihen. (Beifall.) Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Dann liegt jedes Mal das Bestreben der Unternehmer, die Arbeiterklasse in Fesseln zu schlagen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sprengen. Dem gegenüber fordern wir, daß das Koalitionsrecht zunächst ausgebaut und zu einem wirklichen Recht gemacht wird, was es jetzt nicht ist. Seine Durchsetzung fordern wir gegenüber den freien Professionsvereinen der Arbeiter. (Beifall.) Wir verlangen eine Sozialpolitik, die den verschiedenen Tendenzen entgegenwirken kann. Gegenüber der Benachteiligung der Landwirtschaft fordern wir eine weitestgehende landwirtschaftliche Kulturpolitik, die mit staatlicher Unterstützung verbunden ist und Moore melioriert. Wir fordern eine Förderung der Intensivität der landwirtschaftlichen Arbeit und eine Beseitigung der Fideikommiss. In Verbindung damit fordern wir die Abschaffung der indirekten Steuern, die der Landwirtschaft. Die Zuckersteuer muß heruntergeleitet werden. Es ist da durch direkte Steuern auf Vermögen und Erbschaften. Um dieses große Reformprojekt durchzuführen zu können, muß man den Reichstag nicht zu spät, sondern so schnell wie möglich einberufen. Wir Sozialdemokraten breimen geradezu darauf, politische Arbeit zu leisten, wie bisher. Am 5. September hat der Vorstand unserer Reichstagsfraktion in einem Schreiben an den Reichskanzler die schleunige Einberufung des Reichstages gefordert. In dem beschlossenen zwölf Tages hat der Reichskanzler aber keine Zeit gefunden, das Schreiben zu beantworten. (Hört, hört!) Er mag es nicht, den Reichstag einzuberufen, er hat Angst vor den preussischen Junkern. In letzter Linie kommt es ja aber auf die Antwort des Reichskanzlers gar nicht an, es wird darauf ankommen, welche

### Antwort das deutsche Volk geben wird.

(Lebhafte Beifall.) Die Regierungen müssen sich klar sein, was es heißt, den Willen des ganzen Volkes zu verletzen. Wenn die Erregung Formen annimmt, und sich so äußert, wie wir alle es nicht wünschen, dann tragen die die Verantwortung, die jetzt den traurigen Mut haben, den Schrei des Volkes nach Brot einfach zu misshandeln. (Lebhafte Beifall.) Ich schreibe mit der Mahnung an Euch alle, daß Ihr draußen den Massen sagt, warum es ihnen schlecht geht. Denen oben möchte ich sagen: Hört, Ihr seid gewarnt! Ihr bricht Euren! Ihr lehrt aber auch die Arbeiter denken. — Zur Erkenntnis gelangte Volk wird nicht nur wissen, wie es seinen Karten zu fahren hat, es wird auch verstehen, zu liegen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Auf Antrag **Wille-Strasburg** wird von einer Diskussion wegen des Widerspruch von **Schiller-Waldenburg** Abstand genommen.

Die Resolution zur Steuerungsfrage wird einstimmig angenommen.

### Es folgt der

### Bericht der Mandatsprüfungskommission.

**Blumhagen-Hamburg:** Es sind 527 Teilnehmer am Parteitag vorhanden. Von diesen sind 409 Delegierte,

77 Reichstagsmitglieder, 11 Mitglieder des Parteivorstandes, 9 der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbureau, ein Genosse vom **Duma-Ruhr u. Co.**, vom Vorstand geladen, ein Genosse vom **„Vorwärts“**. Weiter ist geladen ein Sachverständiger des Parteivorstandes. Anwesend sind 17 ausländische Genossen als Gäste anwesend.

Wahlprotokolle liegen vor. In einem Protokoll aus dem **Schleswig-Holsteinischen Kreis** wird dem Genossen **Kirch** vorgeworfen, er habe als Vorsitzender in Otten die Wahl dadurch beeinflusst, daß er aufgefördert habe, auch für andere Kandidaten zu stimmen, als solche von Ottenen. Die Kommission ist der Ansicht, daß jeder Genosse das Recht hat, ihm geeignet erscheinende Kandidaten zu empfehlen. Der Parteitag stimmt dem zu. — Ein weiterer Protest richtet sich gegen das Mandat des Genossen **Thener** für die **Wahl**. Der Gegenkandidat war vor der Zeit zurückgetreten. Die Kommission hat den Protest als begründet erachtet. Der Parteitag erklärt das Mandat **Thener** für nichtig.

Der Parteitag erklärt ein Protokoll aus **Angsbura** vor, dort hat der Kreisvorstand anstelle **Kollwagens**, der vom **Hanoverschen** Landtag nicht abgemittelt war, ohne weitere Wahl einfach Nachwähler mit dem Mandat betraut. Die Kommission beantragt daher, die Wahl **Nachwähler** für unglücklich zu erklären. Der Parteitag schließt sich diesem Antrag an.

### Reorganisationskommission.

Hierzu liegen folgende Beschlüsse der Kommission in dritter Lesung vor:

Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März.

Zur Teilnahme an den Parteitagen können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 1.000 vier und für jede weiteren 6000 Mitglieder ein Delegierter mehr.

Eine Vertretung der Reichstagsfraktion erfolgt bis zu einem Drittel ihrer Mehrzahl.

Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, dem Schriftführer, unter denen sich eine Genossin befinden muß, und zwei Beisitzern.

Der Parteiausschuss besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Parteimitgliedschaft einen Vertreter, für den im Wahlkreis ein Stellvertreter zu ernennen ist. Der Parteiausschuss tritt gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtinteressen berührende Angelegenheiten, über die Einbringung zentraler Parteiforderungen, die die Partei finanziell dauernd erheblich betreffen, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages, sowie die Vertretung der Interessen und gibt durch Beschlüsse dem Vorstand an. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfälle auch darüber ist der Parteiausschuss vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Wichtigt sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßige beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Parteimitglieder einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens 5 Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

(Die übrigen Beschlüsse sind nebensächlicher Natur.)

**Leuchterhatter Müller:** Die Beschlüsse dritter Lesung sind von der Kommission einstimmig gefaßt worden, abgesehen von dem Beschlusse über die Vertretung der Reichstagsfraktion. Um diese Einmütigkeit zu erzielen, sind natürlich verschiedene Bedenken und Wünsche auf allen Seiten zurückgestellt worden, weil Änderungen in der Verfassung der Partei nur dann Wert haben, wenn sie einmütig oder mit überreicher Mehrheit beschließen werden. Von einer Erhöhung der Mitgliederzahl haben wir mit Rücksicht auf die außerordentlichen Steuerungsverhältnisse abgesehen. In der Vertretung der Organisationen auf dem Parteitag ist die bisherige Ungerechtigkeit gegenüber den großen Orten beseitigt. In der Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion hat die Kommission an ihren ersten Beschlüssen festgehalten. Wenn sie ganz vertreten sein sollte, könnte das mit demselben Recht auch von den Landtagsabgeordneten gefordert werden. Das Wichtigste sind die Bestimmungen über den Parteiausschuss. Er sind jetzt alle Bezirke im Parteiausschuss vertreten. Der Parteiausschuss tritt dem Parteivorstand ab und der Parteivorstand allein trägt die Verantwortung. Der Ausschuss muß mindestens alle Vierteljahre zusammentreten. In besonderen Situationen kann er auch, wenn der Parteivorstand es nicht will, einberufen werden, wenn 15 Landes- bezw. Bezirksvorstände es wünschen. In Differenzen zwischen dem Ausschuss und dem Parteivorstand entscheidet der Parteitag, event. in wichtigen Dingen ein außerordentlicher Parteitag. Doch wird dieser Fall hauptsächlich nicht vorkommen.

Wir halten die neuen Beschlüsse der Kommission für einen wesentlichen Fortschritt. Die Rechte des Parteivorstandes werden dadurch etwas eingeschränkt, aber der Parteivorstand hat das selbst gewünscht, um eine bessere Fühlung mit dem Lande herbeizuführen. Natürlich hat der Parteitag in allen wichtigen Fragen auch in Zukunft das letzte Wort. Der Parteiausschuss wird nicht alle Streitigkeiten in Zukunft vermeiden können, aber er wird dazu beitragen, daß sie in der Form kameradschaftlicher ausgeglichen werden. Vor allem soll er dazu dienen, im Kampf gegen unsere Gegner unsere Kampfbereitschaft zu verbessern. Wir empfehlen Ihnen das Wert, das die Kommission nach langen Debatten und heißen Bemühungen zustande gebracht hat, es bloß anzunehmen, zum Nutzen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Die weiteren Verhandlungen werden auf Mittwoch verlagert. Schluss 6 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 19. September.

### Dritter Verhandlungstag.

Saale eröffnet die Sitzung.

Es wird in die Debatte über die

### Reorganisationsvorlage

eingetreten. Hierzu liegen eine große Reihe von Vorschlägen vor. Neu eingegangen ist ein Antrag **Lebedour**, daß die ganze Fraktion mit beratender Stimme auf dem Parteitag anwesend sein soll.

Auf Vorschlag des Bureaus findet zunächst eine Generaldeliberation statt.

**Frau Fahrenwalb-Berlin** vertritt einen Antrag **Berlin IV**, die bisherige Vorsitzerin als Parteisekretärin anzustellen und das Frauenbureau demgemäß aufzuheben. (Beifall.)

**Sipinski-Weipzig:** Im Auftrage der Kommission habe ich folgende Resolution vorzulegen:

Der Parteitag hält es für dringend erforderlich, daß die zurzeit geltende Abgrenzung der Bezirke einer Revision unterzogen wird. Er beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiausschuss, sich mit den beteiligten Bezirken ins Einvernehmen zu setzen und das Ergebnis dem nächsten Parteitag mitzuteilen.

Das Delegationsystem muß geändert werden, wenn der Parteitag auf die Dauer arbeitsfähig bleiben soll. Aus dem-

selben Grunde ist es auch nicht wünschenswert, daß die ganze Fraktion auf dem Parteitag anwesend ist. Zoggen spricht auch der Grund, daß vor allem die Organisationsvertreter den Parteitag nicht verlassen sollen. Nachschick kann auch abgeleitet werden durch eine kleinere Vertretung der Fraktion. Eine weitere Vertiefung des Parteivorstandes durch unbelastete Mitglieder ist nicht notwendig, denn der Nachweis ist nicht erbracht, daß der Parteivorstand irgendwo verlagert hat. Nehmen Sie alle Änderungsanträge an, und können Sie den Kommissionsbeschlüssen möglichst einmütig zu. (Beifall.)

**Emmel-Mühlhausen:** Der Antrag der Kommission, daß nur ein Drittel der Fraktion in Zukunft auf dem Parteitag anwesend sein soll, würde nur eine Verminderung der Teilnehmerzahl um etwa 40 Personen bedeuten. Das kann also nur sehr wenig auf die Arbeitsfähigkeit des Parteitages einwirken. Auf der anderen Seite kann es zu unliebsamen Konsequenzen führen, wenn z. B. die Fraktion in gewissen Trägern, etwa die Steuerfrage geteilter Meinung ist und dann auf dem Parteitag nicht beide Richtungen vertreten sind.

**Lebedour-Berlin:** Die Kommission hat gerade in dem wichtigsten Punkte verlagert. Ihre Hauptaufgabe war die Reorganisation des Parteivorstandes (sehr richtig!) und gerade in dieser Zusammenfassung des Parteivorstandes hat sie im wesentlichen alles beim alten gelassen. Daher haben wir beantragt, die Zahl der Mitglieder nicht von vornherein im Statut festzusetzen, sondern jedem Parteitag freie Hand zu lassen, wieviel Mitglieder er wählen will. Unser Antrag würde dann auch ermöglichen, daß so bald wie möglich eine Erweiterung des Parteivorstandes erfolgt. Das ist angesichts der großen Aufgabe, die uns bevorsteht, die Partei für Massenaaktionen bereit zu machen, dringend geboten.

**Stadthagen-Berlin** schließt sich den Ausführungen **Lebedours** und **Emmels** an. Den kleinen Kreisen wurde nach Annahme des Kommissionsvorschlages über die Vertretung der Fraktion es fast unmöglich gemacht, einen Delegierten zu entsenden, da fast immer wohl der Abgeordnete des Kreises gewählt werden würde. — Ueber die Art der Wahl der Parteivorstände ist nichts bestimmt. In Württemberg besteht z. B. heute das schmutzige Mehrwahlrecht, die kleinen Landorte haben neunmal soviel Wahlrecht, als die Städte. Dieser Zustand kann auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden; er verflucht mit die unliebsamen Zustände, wie wir sie in Württemberg zu verzeichnen haben.

**Sipinski-Danau:** Der sogenannte Parteiausschuss ist nach dem letzten Beschlusse der Kommission eigentlich nur noch ein Beirat. Das Vertretungsrecht der Fraktion bitte ich nicht zu beschränken, bin aber damit einverstanden, daß die Fraktion nicht beschließend, sondern beratend Stimme hat. Dem Antrag, die Zahl der Mitglieder nicht festzusetzen, stimme ich zu. Gerade weil vor dem Parteivorstand unser volles Vertrauen ausgesprochen haben, liegt in einem solchen Beschlusse keine Spitze gegen den Parteivorstand. (Sehr richtig!)

**Wille-Hamburg:** Die Vorlage bedeutet ein Kompromiß und enthält manche Vorzüge. Die Beschränkung der Vertretung der Reichstagsfraktion geht mir noch nicht weit genug; es genügt, wenn ihr Vorstand anwesend ist. Wenn aber die Fraktion hier ist, muß sie auch Stimmrecht haben. Die Zahl der Mitglieder kann sehr wohl vergrößert werden.

**Sipinski-Hamburg:** In der Frage des Ausschusses hätte die Kommission besser an ihren Beschlüssen erster Lesung festgehalten. Das, was jetzt Ausschuss genannt wird, sind einfach die bisherigen Bezirkskonferenzen (sehr richtig!), die nur einige neue Aufgaben erhalten sollen. Daß sie nun alle Vierteljahre zusammentreten müssen, ist kaum ein Vorzug. Die Fühlung mit dem Lande war auch bisher schon sehr gut. Ich habe mir unter dem Ausschuss vielmehr eine Institution vorgestellt, die in großen politischen Fragen voraussehend, mit dem Vorstand Stellung nimmt, damit wir nicht bei gewissen Anlässen unvorbereitet dastehen.

**Dr. Fabig-Weipzig:** Die bedeutsamste beantragte Änderung ist zweifellos der Antrag **Lebedour** in bezug auf die Zahl der Mitglieder. Sein Motiv ist, daß der Vorstand zu sehr aus Bureaukraten bestehe, daß es notwendig sei, ihm politische Kräfte beizugeben. Es ist im Grunde nichts anderes, als der von **Lebedour** gleich nach der Eisenacher Konferenz, vertretene, einen Neuausschuss dem Vorstand beizugeben, der lediglich aus politischen Köpfen bestehen soll. (Lebedour: „lediglich“ nicht!) Also auch aus nicht politischen Köpfen. (Beifall.) Das wäre jedenfalls kein sicheres Verfahren, wenn jeder einzelne für sich bestimmen sollte, ob er ein politischer Kopf ist oder nicht. (Beifall.) Es müssen doch mehr objektive Anhaltspunkte gegeben werden. Wenn man an einen Kranz von Beiträgen denkt, die nur die Ausgabe hätten, die eigentlich arbeitenden Mitglieder des Vorstandes zu befrachten, also eine Art Versuchungsstätte. (Dr. Fabig: „Nein, wir das Recht hätten, immer hineinzureden, Disziplinierungsstätte (Beifall)“), so wäre das nur geeignet, die Aktionskraft, die Energie, die Berufsbereitschaft der eigentlich arbeitenden Vorstandsmitglieder zu schwächen. Diese Beiträge wären in der angenehmen Lage, immer nur kritischen zu dürfen und es nicht besser machen zu müssen, während es doch darauf allein ankommt. Wir wollen in dem Parteivorstand Leute haben, die auch verpflichtet sind, mit ihrer ganzen Persönlichkeit und Arbeitskraft das auszuführen, was sie für richtig halten im Interesse der Partei. Und wie sollen denn diese Beitragsmitglieder eigentlich existieren? Haben sie sonst eine Berufsbereitschaft, so haben sie nicht Zeit, im Vorstand wirklich eingehend und gewissenhaft mitzuarbeiten. Und wollten wir nur auf Parteigenossen zurückgreifen, die finanziell so gestellt sind, daß sie nicht nötig haben, Geld für ihre Existenz zu verlangen, so käme damit ein gewisses kapitalistisches Moment in die Sache. Im übrigen haben die Antragsteller noch gar nicht den Versuch gemacht, die sachliche Notwendigkeit einer solchen Änderung des Vorstandes zu begründen. Man hat erst in Jena den Vorstand revidiert, man hat ihm junges Blut eingefloßt, heute will man ihn wieder revidieren. Einen so rastlosen Revisionismus kann ich nicht mitmachen. (Große Beifall.) Eine gewisse Ruhe und Stetigkeit ist da doch vorhanden. In Jena sagte man, der Vorstand habe in der Marokkangelegenheit verlagert. Aber woran hat es denn seit Jena gefehlt, wo hat seitdem der Vorstand seine Schuldigkeit nicht getan? In der Göttinger Angelegenheit ist jedenfalls dieser Beweis nicht erbracht. Auch ich bedauere, daß die Kompetenzen des zu schaffenden Ausschusses durch den neuen Vorschlag der Kommission beschränkt worden sind. Ich halte aber eine Institution, die auf dem Gebiete der praktischen Arbeit, ohne daß gleich die ganze Fraktion in Bewegung gesetzt wird, Meinungsverschiedenheiten ausgleicht, für außerordentlich segensreich im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei bei großen Aktionen. (Sehr richtig!) Was die Vertretung der Reichstagsfraktion anbelangt, so hätte ich im Interesse des engen Zusammenhanges der parlamentarischen Vertretung mit dem Gesamtkörper der Partei die Beibehaltung des bisherigen Zustandes als liebsten gesehen. Ich halte aber diese Frage nicht für so wichtig, daß sie uns abhalten sollte, dem vorliegenden Entwurf unabgeändert seine Zustimmung zu geben.

**Lebedour-Berlin:** **Dorb** hat geglaubt, die Sache mit einigen billigen Wigen abmachen zu können. Ich habe die Wendung von den „politischen Köpfen“ meines Wissens niemals gebraucht. Ich habe nach der Eisenacher Konferenz geschrieben: „Es kämen als Mitglieder in Betracht Abgeordnete, Redakteure, Organisatoren, und auch daß ein hervorragender gewerkschaftlicher Arbeiter Genosse unter den Mitgliedern sich befindet, wäre empfeh-

tenwert." Wie kann Genosse David dem gegenüber die Un-  
genügsamkeit haben, hier zu behaupten, ich hätte mit dem Gedan-  
kengang von bloßen politischen Köpfen operiert? Selbstverständlich  
habe ich auch nicht daran gedacht, daß diese Genossen bloß  
kritiklos seien. Es handelt sich darum, daß sie bei allen po-  
litischen Aktionen der Partei mitläufer sind, als voll berechtigte  
Mitglieder des Vorstandes. Ich habe nur den Gedanken mit-  
geteilt, daß es bei rein verfassungstechnischen Angelegen-  
heiten nicht notwendig ist, diese Mitglieder heranzuziehen. Alle  
das abgegrenzt werden soll, ist eine interne Angelegenheit des  
Partei-Vorstandes. Dann hat David mir illustriert, als ob ich  
mich selbst als einen solchen politischen Kopf beirachte. Ich be-  
nutze die Gelegenheit, um ausdrücklich zu erklären, daß ich unter  
keinen Umständen meinerseits ein Wort im Vorstande, auch nicht  
als Beisitzer, übernehmen würde, weil ich glaube, der Partei in  
der Konzentrierung auf meine parlamentarische Tätigkeit nützlich  
sein zu können. Nun sagt man, es müßten Gründe an-  
geführt werden, was der Parteivorstand denn verhandelt habe.  
Es kann aber eine Beschränkung ihrer tausenden Geschäfte ganz fer-  
rest und in ihrer nächsten Wirkung zufriedenstellend erfüllen und  
sann dennoch in Bezug auf große wichtige Anhaltspunkte, die ihr  
obliegen, rückständig geblieben sein. Im vorigen Jahre haben  
wir über Marotta gesprochen. Und wenn der Parteivorstand  
sich in diesem Jahre zu der unzulässigen Dämpfungspolitik  
dem an sich nicht verwerflichen Stichwahlabkommen hat ver-  
halten lassen, so ist das einer der tatsächlichen Beweise, die erst  
in letzter Zeit geliefert worden sind, daß der Vorstand jeden-  
falls in gewisser Beziehung besser politisch als aktions-  
fähig gemacht werden kann. Es ist ganz klar, daß,  
wenn man jahrelang zusammenarbeitet, sich eine gewisse Uni-  
formität im Vorstand herausbilden muß, daher ist es notwen-  
dig, daneben ein stabileres Element zu haben. Nur historisch  
kontinuierlich veranlagte Köpfe können die Behauptung aufstellen:  
weil wir relativ im allgemeinen gut gefahren sind mit der über-  
wiegenden Majorität von praktisch am Lebensende angehaltenen  
Vorstandsmitgliedern, sei es eine Kränkung, um etwas daran  
zu ändern. Es liegt im Interesse der Partei, die Zahl der  
Beisitzer möglichst noch in diesem Jahre zu erhöhen, jedoch die  
Unbefähigten die Mehrheit haben. Jedenfalls werden wir im  
Laufe der Entwicklung dazu kommen müssen. (Bravo!)

Ein Schlusstrang wird abgelehnt.

**Dr. Quare-Frankfurt:** Wir sind für die Verhinderung der  
vollen Vertretung der Fraktion. Uebrigens ist der Fraktion gar  
keine Gelegenheit gegeben worden, zu dieser Frage Stellung zu  
nehmen. — Von dem Ausstrag, den Parteivorstand und Kom-  
mission in Jena erhalten haben, sind sie in der Tat immer  
weiter abgekommen. Will man praktische Mitarbeiter aus dem  
Reich im Parteivorstand haben, so müssen sie vollständig gleich-  
berechtigt mit dem übrigen Vorstand sein. Ihre Zahl müßte  
dann auf höchstens 10 beschränkt und sie müßten auf dem  
Parteitag gewählt werden. Das wäre die ideale poli-  
tische Leitung mit schneller Entscheidungsfähigkeit und prompter  
Information. Größere Ausschüsse sind wirklich nur  
eine Wiederholung der alten Bezirkervereinerungskonferenzen.  
Natürlich darf man nicht, wie das die Eisenacher Konferenz  
wollte, die Süddeutschen von der Mitwirkung im Parteivorstand  
ausschließen. Diese Mitwirkung müßte vielmehr ganz paritätisch  
zusammengesetzt sein. Unter den jetzigen Umständen kann  
ich nur raten, den Kommissionsbeschlüssen trotz aller Bedenken  
der mangelnden Kompetenz und zu großen Ausschneidung des  
Ausschusses zuzustimmen in der Hoffnung, daß sich daraus das  
Richtige für die Partei herauskristallisieren wird.

**Geiser-Nürnberg:** Der sogenannte Ausschuss soll einem  
Teile der Süddeutschen dazu dienen, den Föderalismus auszu-  
bauen, um den Boden für Streiksprünge zu gewinnen, die nicht  
im Interesse der Gesamtpartei liegen. Wir sollten den zentral-  
istischen Boden nicht aufgeben. Daher bin ich gegen den Partei-  
ausschuss, sondern für den Antrag Lebebour. Wir haben keinen  
Grund, die Streitigkeiten in der Partei zu vermehren. Um eine  
Verklärung der Partei zu vermeiden, müssen wir den Ausschuss  
ablehnen. (Unruhe.)

Ein erneuter Schlusstrang wird wieder abge-  
lehnt.

**Edwigt-Übber:** Eine Veränderung in der Vertretung der  
Fraktion ist nicht notwendig. Dasselbe, daß sie nicht beschließen  
soll, ist noch gar kein Grund angeführt worden. Die Befürchtung  
Geisers, daß der Ausschuss von den Revisionisten für ihre  
Zwecke ausgenutzt werden könnte, ist völlig haltlos. Für die  
Vermehrung des Parteivorstandes um neue Mitglieder habe ich  
gleichfalls jede Begründung vermisst. Das Beste wäre, wir  
ließen es bei dem bisherigen Status, daß sich bewährt hat. Da  
nun einmal die Vorlage vorliegt, können wir ihr auch zu-  
stimmen.

**Abbe-Breslau:** Lebebour will mit seinem Antrage den in  
allen Kommissionsitzungen erlebigen politischen Beirat wieder  
einschmuggeln.

**Lebebour:** Unterlassen Sie so verfrühte Ausbrüche.

**Vorf. Mosk:** Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unter-  
lassen.

**Lebebour:** Dann bitte ich auch, den Redner zu fort-  
zusetzen.

**Vorf. Mosk:** Wir brauchen nicht jedes Wort auf die  
Goldwaage legen, ich habe deshalb auch den Genossen Geiser  
nicht unterbrochen, der auch die Grenzen überschritten hat.

**Abbe (fortfahrend):** Kein Genosse gebraucht ich ärsere  
Aussprüche als Lebebour. (Wielaches Sehr richtig!) Von dem  
sogenannten politischen Beirat verspreche ich mir nicht viel. Der  
ist uns denn in den Arm gefallen, als wir schon vor Jahren  
Straßendemonstrationen anregten. Es waren die Ge-  
nossen Adler und Lebebour. Adler sagte: Gehen wir auf  
die Straße, so verletzen wir das Vereinstrecht, dann kommt  
die Polizei oder das Militär, und das alberne Preußen ist solche  
Konflikte nicht wert. Lebebour schloß sich dem an und er-  
nannte uns hysterisch. Wer ist uns damals in den Arm  
gefallen? Es waren die politischen Köpfe (Heiterkeit.)  
Als im vorigen Jahre die Genossen Paase, Braun und  
Scheidemann in die Parteileitung gewählt wurde, galt das all-  
gemein als Sieg der Richtung, die Lebebour nahe steht. Da  
diese Genossen in einem Jahre schon vernünftig geworden sind,  
(Gr. Heiterk.), Paase ruft: "Wir waren immer vernünftig!"  
(Erneute Heiterk.) sollen wieder neue Genossen gewählt werden.  
So soll es weiter gehen, bis schließlich die Spitzen der Eisenacher  
Konferenz im Vorlande sitzen. (Gr. Heiterk.) Lebebour ruft:  
"Wieder die alte Verdächtigung!"

Ein Schlusstrang wird angenommen.

**Lebebour (persönlich):** Ich habe David gegenüber schon  
erklärt, daß ich persönlich kein Vorstandsamt annehmen würde.  
Jetzt hat Abbe erneut die Verdächtigungen ausgesprochen, daß ich  
ein solches Amt erstrebe. Ich überlasse es allen anständigen  
Leuten, diese Kampfsweise richtig zu werten.

**Partei-Vorstandsmitglied Müller** hält das Schlusswort. Er  
hält an die Spitze seiner Ausführungen, daß Organisations-  
Veränderungen einmütig oder wenigstens aus überwältigender  
Mehrheit angenommen werden müßten. Er bitte also um ein-  
stimmige Annahme der neuen Kommissionsvorschlüge. Der  
Redner wendet sich dann sehr scharf gegen Lebebour. Die  
Kommission hat in Jena nur den Auftrag erhalten, Vorschläge  
zu beraten, sie war keineswegs verpflichtet, sehr wesentliche Or-  
ganisationsänderungen zu beschließen. Die Beschlüsse entsprechen  
den Wünschen Lebebour's nicht. Ich möchte ihm  
und seinen Freunden sagen: Wenn Sie glauben, daß im Partei-  
vorstand unfähige Leute sitzen, dann müssen Sie diese hinaus-

werfen. Lebebour will aber wortausmüdigender, die trotz seiner  
Ansiicht, überstimmen. (Lebebour: Das ist Demagogie!)

**Vorsitzender Käse:** Genosse Lebebour unterlassen Sie solche  
Beleidigungen. Genosse Müller hat Ihnen dazu nicht die  
geringste Veranlassung gegeben. Lebebour führt das Stichwahl-  
abkommen auf das Fehlen politischer Köpfe im Parteivorstand  
zurück. Ich möchte den politischen Kopf lesen, der das Stich-  
wahlabkommen abgelehnt hätte. Man spricht von der immer  
ärzter werdenden Notwendigkeit von Massenaktionen. Wer aber  
Massenaktionen will; der muß auch den Parteiausschuss wollen.  
(Wielaches Sehr richtig!) Der neue Kommissionsvorschlag ist  
in der gegenwärtigen Situation die beste Lösung und ich kann  
nur um möglichst einstimmige Annahme derselben bitten.  
(Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge Lebebour ab-  
gelehnt bis auf einen Punkt, daß die Reichstagsfraktion  
in voller Stärke am Parteitag teilnehmen kann.

Der Parteitag beschließt:

Die genannte Reichstagsfraktion hat auf dem Parteitag be-  
schlossene Stimme. Der neue Organisationsvorschlag der  
Kommission wird hierauf en bloc gegen wenige Stimmen  
(Lebebour und Genossen) angenommen.

Uebrigens wird eine Resolution angenommen, wonach  
Parteilisten und ein gewählter Ausschuss darüber in Erwägung  
eintreten sollen, ob nicht eine anderweitige Abgrenzung der Ver-  
sitzte stattfinden hat.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der  
Tageordnung fortgefahren beim Punkt

### Reichstagswahlen.

Hierzu liegen Anträge aus Duisburg, Oberfeld,  
Barmen, Weimar, Nordhausen, Wöhenstein  
vor, die sich gegen die erfolgte Dämpfung des Stichwahl-  
kampfes wenden.

Ein Antrag Frankfurt wünscht die Vermehrung von  
Toppollendatarien für Reichstag und Landtage.

Kassel wünscht, daß der Parteitag das Stichwahl-  
abkommen mit der Reichstagspartei billigt,  
da der Vorstand damit die Interessen der arbeitenden Bevölke-  
rung im allgemeinen und der sozialdemokratischen Partei  
im besonderen erfolgreich wahrgenommen habe.

**Verichterkasser Scheidemann:** Zum sechsten Male können  
wir feststellen, daß unsere Wahlkampfparole sich glänzend be-  
währt hat. Das Wort, "Die Sozialdemokratie ist eine vorüber-  
gehende Erscheinung", hat man diesmal nicht wieder gebraucht.  
Der Verlust von 1907 hat sich als eine Waffe erwiesen, die  
unseren Eltern nur vorübergehend zu verhilfen, aber nicht an  
seinem Aufstieg zu hindern vermochte. Die Entwicklung hat ge-  
zeigt, daß sich die Liberalen 1907 die Mute selbst gebunden haben,  
die sie jetzt in der Reichstagsreform zu fühlen bekommen haben.  
Unter angeleglicher Ueberwindung Adolf Wilton, von dem jetzt nach  
samt jemand redet, hat damals das Sprungwort für uns ge-  
stimmt, das wir jetzt mit solchem Erfolg benutzt haben. Jeder  
britische Wähler hat 1912 für unsere Partei gestimmt. Aber  
wir wollen nicht in fremdigen Gefühlen über diesen Sieg  
schwelgen, wir müssen aus unseren Niederlagen wie unseren  
Siegern zu lernen suchen.

Das Problem der Stimme- und Mandatszahl hat uns nach  
jeder Wahl beschäftigt. Darüber sollte bei allen Genossen Klar-  
heit bestehen, daß die Massen, die hinter uns stehen, die Kraft-  
messer sind, aber deshalb ist die Zahl der errungenen Mandate  
keineswegs bedeutungslos. (Sehr richtig!) Wir haben durch-  
aus das Interesse in den gezeigten Körperchaften zu zahl-  
reich als möglich vertreten zu sein. (Sehr richtig!) Unsere  
Stimmengahl entsprechend müßte ja bei einer gerechten Wahl-  
kreis-einteilung die Zahl unserer Mandate viel größer sein.  
Gegenüber der Art wie heute das Wahlergebnis gefällt wird,  
müssen wir uns kräftig wehren, um den Reichstag herbeizu-  
führen, den das Volk will. (Sehr richtig!)

### Was das Volk wollte.

habe der 12. Januar deutlich genug gezeigt. (Sehr wahr!) In  
diesem Sinne mußten wir die Vermählungen unserer Gegner, uns  
bei den Stichwahlen wieder an die Wand zu schlagen, hin-  
sichtlich machen. Wenn uns das gelungen ist, so hat die Partei-  
leitung wohl einen kleinen Teil des Verdienstes daran. (Sehr  
richtig!) Es ist verhindert worden, daß die schwarz-blaue  
Koalition als Mehrheit in den Reichstag zurückkehrte. Das zu  
erreichen, was gegenüber dem klar und deutlich ausgesprochenen  
Willen des Volkes mißere zu irgend eine Pflicht. Es war auch  
gefordert worden von unserer Presse und von unserer Organi-  
sation; das Ziel des ganzen Wahlkampfes war die Niederwerfung  
des schwarz-blauen Blocks. Das hat Mehring in der "Neuen  
Zeit" klar ausgesprochen und auch sonst ist es mehrfach  
in der "Neuen Zeit" betont worden. Wiederholt  
war von einem tatsächlichen Bündnis mit den Freisinnigen in  
diesem Weite die Rede. Redner verliert unter lebhaftem Beifall,  
hört! mehrere solche Stellen aus der "Neuen Zeit". Wir hätten  
uns als

### unfähige Politiker erwiesen.

wenn wir nicht getan hätten, was die Not des Augenblicks er-  
forderte. (Sehr gut.) Zu dem Stichwahlabkommen zwang uns  
auch die Erwägung, daß wer in gewissen Augenblicken nicht  
schnell als handelndes Subjekt auftritt, im Pandumdrehen zum  
Objekt des Handelns anderer gemacht werden kann. (Lebhafte  
Zustimmung.) Wenn wir uns nicht zum Werkzeug der kon-  
servativen Exzesspolitik machen wollten, war  
auch die Dämpfung in jechzehn Kreisen notwen-  
dig. Es war eben eine außerordentliche Situation,  
die außerordentliche Mittel erforderte. In all diesen  
Kreisen stand uns eine kompakte bürgerliche Mehrheit gegenüber.  
Es gab keine Möglichkeit durch anständige, durch unsere Grund-  
sätze erlaubten Mittel diese Mehrheit zu brechen. Die Konferen-  
zativen hatten den Freisinnigen gedroht, sie im Stichwahlkampf  
gegen uns im Stich zu lassen, wenn sie mit uns zusammengingen.  
Der ganze Sinn der Dämpfung war danach, daß wir erklärten,  
wir beabsichtigen nicht, die Hilfe politischer Intriganten in An-  
spruch zu nehmen, wir erheben keinen Anspruch darauf, auf kon-  
servativen oder antisemitischen Krücken in den Reichstag hinein-  
zuklimpeln. (Lebb. Zustimmung.)

Nun hat man gesagt, Hagen und Nordhausen seien trotz  
der Dämpfung für uns erobert worden. Wenn aber in diesen  
Kreisen gesiegt wurde, so nicht trotz, sondern wegen der  
Dämpfung. Hagen war überhaupt nur bedingungsweise in  
die Dämpfung eingeschlossen worden und wurde sofort auf  
Wunsch der dortigen Genossen freigegeben. Aber wie lag es in  
Nordhausen? Wir wissen, daß der Genosse Cohn ein glänzender  
Agitator ist, aber daß es ihm gelingen würde, sämtliche Krieger-  
vereine für sich mobil zu machen, konnten wir doch nicht ahnen.  
(Heiterkeit.) Dazu kam, daß auf der einen Seite die Antisemiten  
standen, auf der anderen Seite unser Genosse Dr. Cohn und  
zwischen beiden Dr. Wiemer, jeder soll ein Kriegervereins-  
mitglied. Da war an einen Sieg unfreier Genossen nie zu  
denken. Aber nun kam es so, daß die Antisemiten beschlossen für  
ihren Durchfall in Schwene-Schmaltden blutige Kacke in  
Nordhausen zu üben. Die Kriegervereine waren rallo. Einer  
ihrer Vorgesetzten, an den sie sich um Rat wandten, meinte:  
Ich hab heute meinen roten Tag, macht Ihr was Ihr wollt.  
(Große Heiterkeit.) Ein anderer wurde vor eine viel kritischere  
Frage gestellt. Einer von den Kriegervereinen erklärte: Herr  
Vorsteher, Sie wissen doch, daß wir bis jetzt keine Fahne be-  
kommen haben, weil man auf Grund der letzten Wahl annimmt,  
wir hätten Sozialdemokraten unter uns. Da sagte der Amts-  
vorsteher: Wählt den Cohn, dann kriegt Ihr's Fahnenband.  
(Gr. Heiterkeit.) Als die Parole hatte sich vollständig geändert.  
Vorher hieß es: Mit Gott für König und Vaterland und nachher: Mit  
Gott für Cohn und Vaterland, ohne Cohn kein Fahnenband.  
(Erneute stürmische Heiterkeit.) Das genügt wohl für meine

Behauptung: es wäre unbillig gewesen, diese Leute bis zu  
Stichwahlen zu überzeugten Sozialdemokraten zu machen. (Sel-  
gut!) Stichwahlabkommen haben immer etwas Unersetzliches  
für sich an sich, aber unersetzlicher war das Abkommen  
von 1912 nicht, als das von 1907. Man soll doch nie  
ganz den Blick verlieren

### für politische Notwendigkeiten.

(Sehr richtig!) Ein unmittelbarer Erfolg des Stichwahlab-  
kommens war, daß die Sammlung aller bürgerlichen Parteien, d.  
Vielmann-Hollweg sofort nach dem 12. Januar herbeiführte  
sich bemühte, vereitelt wurde. Das hat doch auch einige poli-  
tische Bedeutung. (Sehr richtig!)

Wir haben die Liberalen gründlich bekämpft, wir  
haben sie herausgedrängt aus den Großstädten und haben  
hineingedrängt in die Töndchen der Zünfter, wo sie neue Jagd-  
gründe gefunden haben. Bei dieser Taktik müssen wir  
bleiben. Wollen die Liberalen weiter in die Reihen der  
Zünfter Watsche schlagen, dann können sie sich

### habel auf unsere Hilfe verlassen.

(Lebhafte Zustimmung.) Trotzdem sollen wir durch das Stich-  
wahlabkommen unsere grundsätzliche Stellung gegenüber den  
Liberalen verrietert und verfestigert haben, und was alles in  
diese Worte über das Abkommen gefallen sind. Ich erinnere an  
die Bremer Münzeraktion. In Berlin wurde von der  
Kunstler erfahrenten 110 Mandaten gewonnen. (Hört, hört,  
und Zuruf: Von wem?) Nun, Sie konnten doch wissen, daß  
jeder Wil Trumpp ist in Berlin. (Große Heiterkeit.)  
In der Kritik der Auslassungen der Genossen Virenbürg muß  
sich mich sehr beschränken, weil mir zu meinem großen Bedauern  
erfahren haben, daß sie schwer erkrankt ist. Wir alle wünschen  
ihre wohl von ganzem Herzen, daß sie recht schnell wieder ge-  
sund werden möge. (Bravo!) Aber ich muß doch erwähnen,  
daß sie geschrieben hat, es sei ihr die Abde der Scham ins Ge-  
sicht geschlagen, als sie von diesem Abkommen Kenntnis erhielt.  
Zu schämen brauchen wir uns des Abkommens wirklich  
(Wernstein: Im Gegenteil!) Auch konnten wir unendlich  
durch Straßendemonstrationen, wie es verlangt  
worden ist, das ganze Ziel des Wahlkampfes aufs Ziel sehen.  
(Sehr richtig!)

Daß die Liberalen zum Teil versagt haben, ist richtig,  
aber es wäre unangebracht, nicht anzuerkennen, daß  
sie nachher im großen und ganzen ihre Pflicht erfüllt haben.  
(Sehr richtig!) Man hat auch wiederholt von der Schwach-  
heit des Reichstages gesprochen. Tadel haben wir doch jetzt den  
Zusammentritt des Reichstages verlangt, weil wir von ihm an-  
nehmen können und müssen, daß er in der jetzigen Situation in  
der Teuerungfrage etwas auf macht von dem, was er bisher  
am Volks geschuldig hat. Und selbst, wenn er geschuldig hat,  
so war es doch der Ausdruck seiner Macht. Und bedeutet es  
dem gornichts, wenn 110 Sozialdemokraten im Reichstage sitzen  
zu einer Zeit, wo alle wirtschaftlichen Organisationen der  
Schwarzfächer Sturm laufen gegen das Wahlrecht der Ar-  
beiter. (Sehr gut!) Es sind im Reichstage wichtige Gesetze  
gemacht worden mit Mehrheiten von 5 und 8 Stimmen. Wenn  
die Erblichkeitssteuer von einer Verbraucht von 8 Stimmen abge-  
lehnt wurde, so bedeutet das, daß auf der anderen Seite nur  
5 mehr zu sitzen brauchen, damit sie angenommen wurde. (Sehr  
richtig!)

Nun ist auch gefragt worden, ob der Parteivorstand so was  
wieder machen würde. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob ein zu-  
künftiger Parteivorstand ähnliches machen wird, aber ich kann  
sagen, daß es wahrscheinlich nicht geschehen wird, weil sich solche  
Situationen meist nicht wiederholen. Die Frage: Warum habt  
Ihr nicht das Land vorher gefragt, ist berechtigt. Aber das  
war eben einfach eine alte Unmöglichkeit, weil es  
schon damals nicht um Tage, sondern um wenige Stunden ge-  
handelt hat. (Wernstein: Virenbürg!) Ja, es war eine ge-  
wisse Initiative und Aktivität, die der Parteivorstand damals  
zeigen mußte und zeigte. (Sehr gut!) Was die Heimlichkeit  
des Vorbeschlusses anlangt, so ist die Presse und sind die Organi-  
sationen sofort verständigt worden. Das ist vertraulich geschah,  
war einseitig selbstverständlich, und andererseits auch deshalb  
geboten, weil es selber Parteigenossen gibt, die sich nicht scheuen  
uns selbst

### in schwersten Kampfe Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

In der "Bremer Zeitung" wurde geschrieben: Wenn das  
Abkommen rechtzeitig bekannt geworden wäre, so wäre es noch  
vor der Wahl zu beschaffen Knüppeln in der Partei gekommen.  
(Hört, hört!) Darauf konnten und wollten wir es nicht an-  
kommen lassen. Ingefaßt solcher Leute, die sich vielleicht der  
ganzen schweren Verantwortlichkeit, die sie haben, nicht be-  
wußt sind. Wir bleiben die Todfeinde der Zünfter und der fa-  
pulistischen Ausschneidung, als die Vertreter des im Klassenkampf  
stehenden und aufsteigenden werktätigen Volkes. Unser Ziel ist  
und bleibt die Verwirklichung des Sozialismus durch die steg-  
reiche Demokratie der Arbeiter.

Zu den kommenden schicksalsschweren Auseinandersetzungen  
wollen wir zwei Tugenden im Kampfe beachten: schnelle  
Anpassung an die Erfordernisse des Augen-  
blicks (Sehr richtig!) und klare Erkenntnis unserer  
Ziele. (Sehr richtig!) Es sind feste Wälle zu stürmen, ein  
struppiger Feind ist zu werfen. Schwer sind die Kämpfe,  
die uns bevorstehen, aber herrlich ist der Sieg, der uns winkt. Wir  
wollen freudig kämpfen in dem Bewußtsein, daß für uns So-  
zialdemokraten gegen die Unterdrückung für Freiheit und Gleich-  
heit zu wirken eine Lust sein muß. (Stürmischer, anhaltender  
Beifall.)

**Starosten-Rosslod:** Der Hauptfehler war, daß wir uns schon  
Wochen vor der Hauptwahl festgelegt hatten, unter Bedingungen  
für die Liberalen zu stimmen, die so wässrig waren, daß sie  
auch Nationalliberale akzeptieren konnten. Wir sollten uns daher in  
Zukunft nicht schon auf dem Parteitag lange vor den Wahlen  
endgültig festlegen. So wie die Dinge lagen, war das Stichwahl-  
abkommen durch aus notwendig.

**Rudwig-Dagen:** Die ausgezeichnete Rede Scheidemanns hat  
bewiesen, daß der Parteivorstand niemanden besser, als Scheide-  
mann zu diesem Referat bestimmen konnte. Er ist zweifellos der  
Griffenste (Heiterkeit). Sein Endgeständnis inbezug auf Dagen  
beweist, daß man doch etwas zu eilig und unvorsichtig das Ab-  
kommen geschlossen hatte. Wir haben keine Resolution beschlossen,  
aber ich habe den Auftrag von Dagen, zu erklären, daß wir dies  
Abkommen in Dagen für eine große Dummheit halten (Heiterkeit).  
Ohne Zustimmung der Kreise sollten solche Experimente nicht ge-  
macht werden.

**Hoffender-Merfeld:** Auch ich habe die Ungünstigkeit  
der Genossen in meinem Wahlkreis mit dem Dämpfungabkommen  
zum Ausdruck zu bringen. Gerade durch die Art, wie Scheide-  
mann es verteidigt hat, bin ich provoziert, diese Ungünstigkeit  
ausdrücklich zu betonen. Ein solches Abkommen muß auf einer  
Basis erfolgen, die für uns keine Entwürdigung bedeutet und die  
Aufgabe der eigenen Agitationsarbeit halte ich einfach für eine  
schimpfliche Bedingung. In den Kreisen, die unter das Abkommen  
stehen, waren sogar eine ganze Reihe, in denen wir in der Haupt-  
wahl mehr Stimmen erhalten hatten als die Freisinnigen. (Hört!  
Hört!) Das Schlimmste war, wie man das Abkommen bei  
uns durchführte. Ohne daß der Kreisvorstand eine Abmahnung da-  
von hatte, erschien in unserem Organ eine Bekanntmachung mit  
der Unterdrückung des Kreisvorstandes, daß eine weitere Wahlarbeit  
unterbleiben solle. Und eine Berichtigung des Kreisvorstandes  
lehnte das Blatt ab. (Hört! Hört!) Unsere Genossen haben sich  
dann auch an das Abkommen nicht gehalten.

**Pannetier-Bremen:** In der Resolution von Jena war  
von der Bertücknung des schwarz-blauen Blocks nicht die Rede,  
es wurden nur die Stichwahlbedingungen festgelegt. Danach hat  
sich der Parteivorstand nicht gehalten. Man sagt nur, der Erfolg  
beweise die Richtigkeit des Stichwahlabkommens. Ich möchte  
aber behaupten, daß wir höchstens ein Duzend Mandate weniger,  
auch ohne das Stichwahlabkommen, bekommen hätten. Die Frei-

hätten bei der bedeutendsten Oppositionsklimmung in ihren Reihen doch meist für uns gestimmt. Das Stichwahlabkommen bedeutet einen Schritt in der Richtung zum Revisionismus (siehe: Wahl) Ein Wort über die Ohnmacht des Reichstags, die wir behauptet haben sollen. Ohne den Druck der Massen ist der Reichstag tatsächlich ohnmächtig, das war es, was wir gemeint haben.

**Dr. Cohn-Nordhausen:** Die Wahl in Nordhausen ist zum Parade-Beispiel des Vorstands in seiner Verteidigung des Stichwahlabkommens geworden. Ueber die Art und Weise, wie sich Scheidemann mit meiner Person beschäftigt hat, will ich nicht gerade mein Bestes aussprechen. Wenn er die Angaben anderer Gegner ohne weiteres für wahr gehalten, dann hat er sich heute nicht als politischer Kopf erwiesen. — Das Argument, außerordentliche Situationen erfordern außerordentliche Maßnahmen, kann man für jeden Staatsstreich auch anführen. Er ist mit jedem Beweis schuldig geblieben, worin kann die außerordentliche Situation bestand und daß gerade diese Form der Dämpfung notwendig war. In dem wirklich 1907 den Parteigenossen daselbst vorgenommenen wie 1912. Die Opposition richtet sich ja in der Hauptsache nur gegen die besondere Sorte Stichwahlabkommen, wie sie diesmal beliebt wurde. Dann hätte Scheidemann, in den 16 Kreisen standen wir einer kompakten Mehrheit gegenüber. In Nordhausen fehlten uns an der Mehrheit nur 750 Stimmen. Und diese haben wir herausgeholt aus den Reihen. Ich habe heute aber entschieden, daß wirklich Antisemiten für uns gestimmt hätten. — Im übrigen enthält der freisinnige Vorschlag gegen meine Wahl schädliche Denunziationen gegen bekannte Sozialarbeiter, weil sie für meine Wahl eingetreten wären. Wir konnten diese Sorte Äußerungen, der Parteivorstand anscheinend nicht. Mit solcher Sorte Äußerungen schließt man kein Abkommen. Ich behaupte, es gibt keine politische Situation, die es rechtfertigen könnte, unsere Parteigenossen in solchen Mitleid zu versetzen. Scheidemann hat um gut Wetter gebeten, in dem er behauptet, daß wir die Dämpfung nicht mehr abgelehnt werden. Aber wie wünschen, daß der Parteivorstand an der Dämpfung mit Dämpfung, was heißt mit Verzichtung für uns selbst, dürfen unter keinen Umständen mehr abgeschlossen werden. (Wohlfahrt Partei.)

**Reisner-Gebhardt:** Auch ich halte, daß man die Dämpfung der Dämpfung niemals wieder in ein Stichwahlabkommen aufheben werden. Man kann sich aber nach dem Stichwahlabkommen auch die Freisinnigen. Das hat sich bei den Verhandlungen gezeigt und wird sich auch bei der Revision wieder erweisen. Ich bin ein Anhänger der Revision, die dem Reichstag nicht, daß solche Dämpfung abkommen nicht mehr abgeschlossen werden dürfen.

**Schiller-Waldenburg:** Wenn Scheidemann hätte keine große Hebejagd einer besseren Sache machen können, als der Dämpfung bei der Stichwahlabkommen. Die glänzende Rede Scheidemanns hat uns die Arbeit sehr erleichtert. (Widerstand.) Ich komme aus dem Reichstag, wo wir einem Reichstag gegenüber stehen, wie der Reichstag aus Nordhausen geschickt hat. Scheidemann hat heute gesagt, warum das Abkommen gebaut gehalten ist. Ich halte die Verantwortung für die Arbeit. Ich halte nicht, was man dazu sagen soll. Das macht ja die Arbeit nur noch schlimmer. Die parlamentarische Tätigkeit ist notwendig, aber wir brauchen nicht unwürdige Kompromisse abzuschließen. Wieder warten wir noch zwei Legislaturperioden. Die revolutionäre Umwälzung braucht ja nicht übers Rote gehen.

**Dr. Kauffmann-Damburg:** Scheidemann hatte großen rednerischen Erfolg, aber ich hätte doch manches in seiner Rede gern vernommen. Das Argument vom Rahmenband und ähnliches. Aber auch nicht jedes Stichwahlabkommen, aber wir sind gegen die Dämpfung, weil sie unsere eigenen Voraussetzungen zu zerstören bedeutet ist. Ich halte das Abkommen für keinen Schritt in der Richtung zum Revisionismus, ich halte an, daß der Liberalismus vor einem Wendepunkt in der Entwicklung steht. Die Kräfte des liberalen Liberalismus sind zu den Konservativen abgewandert, dafür haben neue soziale Mittelklassen, die Privatangehörigen, sich dem Liberalismus zugewandt. Mit diesen Schichten können wir ein Stück Weges zusammen gehen. Der Reichstag ist auch gewiss nicht ohnmächtig, aber man soll die Macht des Reichstages nicht überschätzen. Auch eine Mehrheit des Reichstages hätte die Position des gegenwärtigen Reichstages nicht mehr erhalten können. Im Vordergrund der nächsten Zeit werden die Angriffe auf die Koalitionspolitik der Arbeiter stehen. Industrie, Jünger und Zentrum werden es zusammen stehen und auch die Freisinnigen sind da ganz unsichere Kontingente. Deshalb ist bei jedem Stichwahlabkommen größte Vorsicht vonnöten. Kein Abkommen darf unsere Organisation und unsere Tätigkeit selbst nicht lahm legen.

**Schlotter-Weisau:** Nach der Debatte könnte man glauben, daß der Vorstand in Sachen Dämpfung ganz allein steht. Das ist aber durchaus nicht der Fall, denn fast alle Redner vertraten von der Dämpfung eine offene Kritik. Wer aber glaubt, ohne die Dämpfung hätte mancher Kreis für uns noch geholt werden können, der sollte bedenken, daß erst durch das Stichwahlabkommen die Situation geändert worden ist. Nach Abschluss des Abkommens haben erst viele Konservative so scharf gegen den Freisinn Stellung genommen. Die Dresdener Genossen, wo ich Sekretär bin, sind auch von der Dämpfung betroffen worden, aber sie haben Disziplin gehalten und die Notwendigkeit des Vorgehens des Vorstandes gebilligt. Die schlesischen Genossen wünschen, daß in Zukunft bei ähnlichen Situationen wieder so verfahren wird. Der Vorstand hat unser vollstes Vertrauen. Hierauf wird die weitere Debatte auf Donnerstag früh verlagert.

### Schwedischer Gewerkschaftskongress.

Stockholm, den 12. September 1912.

Der Kongress fand am Mittwoch seinen Abschluß. Die Verhandlungen der letzten zwei Kongrestage führten keine erheblichen Änderungen, weder der Satzungen noch sonstiger Bestimmungen über das organisatorische Zusammenwirken der Gewerkschaften herbei. Der Antrag der Reorganisationskommission, die von der Landeszentrale zu leistende Unterstützung bei Abwehrkämpfen von 8 auf 5 Kronen pro Woche und unterjährig (vollständiger) Mitglied herabzusetzen, wurde mit 110 gegen 51 Stimmen angenommen, nachdem ein Antrag der Holzarbeiter auf Verbeibehaltung der bisherigen Unterstützungssätze mit 84 gegen 67 Stimmen abgelehnt war. Die 51 Stimmen, die gegen den Antrag der Reorganisationskommission abgegeben wurden, fielen einem Antrag der Metallarbeiter zu, der eine weitere Herabsetzung der Unterstützung auf 5 Kronen wöchentlich forderte. Es blieb jedoch beim Vorschlag der Reorganisationskommission. Ein Vorschlag der Transportarbeiter beantragte, eine schärfere Fassung des Beschlusses. Sein Antrag fordert die weitestmögliche Unterstützung der Verbände durch die Landeszentrale, die künftig beim Abschluss von Tarifverträgen das Recht der Unterzeichnung, über Einstellung und Entlassung der Arbeiter frei zu entscheiden, nicht annehmen wollten, sondern anstatt dessen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fordern, oder aber jede diesbezügliche Bestimmung aufheben wollten. Diese Resolution wurde vom Kongress in namentlicher Abstimmung mit 147 gegen 32 Stimmen angenommen. Falls dieser Beschluß ausgeführt werden soll, bedeutet er eine Verschärfung der kommenden gewerkschaftlichen Kämpfe in Schweden, da die Unternehmerorganisationen zweifellos mit gleicher Bähigkeit an ihrem Vorgehen festhalten wird. — Die weiteren Verhandlungsgegenstände be-

trafen die Metallarbeiter, die Organisation der Genossenschaftsangehörigen usw. — Die Wahlen zum Landessekretariat ergaben die Wiederwahl der bisherigen Funktionäre. — Mit dem Abingen des schwedischen Sozialistenparties fanden die Verhandlungen ihr Ende.

### Arbeiterbewegung.

**Lohnbewegungen der Zimmerer in der Provinz Brandenburg.** Der Zentralverband der Zimmerer hat in der Provinz Brandenburg auch in diesem Jahre eine Reihe Lohnbewegungen zu verzeichnen, bei denen es auf Grund von Verhandlungen, aber auch durch Arbeitseinstellungen, zu Tarifverträgen bzw. Vertragsverlängerungen gekommen ist. So in Cottbus, wo der Vertrag auf drei Jahre von neuem abgeschlossen wurde. Der Stundenlohn steigt im ersten Vertragsjahr von 37 auf 39 Pf. für das zweite und dritte Jahr auf 40 bzw. 41 Pf. Die Arbeitszeit bleibt eine sechsstündige. In demselben Ort wurde ein Vertrag für zwei Jahre abgeschlossen. Bei einer Verlängerung der Arbeitszeit von 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf 9 Stunden erhöht sich der Lohn von 70 auf 75 Pf. Außerdem wurden die Zuschläge für Überstunden und bei Wasserarbeit um 5 Pf., die Sonntagarbeit um 10 Pf. pro Stunde erhöht. In Kammer ist der Vertrag bis 31. März 1914 verlängert worden. Für die weitere Abgrenzung des Lohns von 48 auf 49 Pf. erhöht. In Wittichenau kam es zum erstenmal zu einem Vertragsabschluss und zwar für nur 31. März 1915. Der Stundenlohn erhöhte sich im Jahre 1912 in zwei Stufen von 60 auf 65 Pf., 1913 auf 67 und 1914 auf 70 Pf. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Nebenmännern, Nacharbeitern usw. werden mit 15 Pf. Zuschlag entschädigt. Auch in Mühlitz, einem zum ländlichen Wohngebiet, kam ein neuer Vertrag bis 31. März 1915 zustande, der mit zwei Lohnsätzen vorliegt. Im ersten wird der Lohn in zwei Stufen von 45 auf 48 Pf., im zweiten und dritten Jahre auf 50 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. In Schwedt a. O. kam es zu einem einjährigen Vertragsabschluss mit 2 Pf. Lohnsteigerung. In Zehlendorf, auch einem rein ländlichen Gebiet, gelang es zum ersten Male, einen dreijährigen Vertrag abzuschließen. Die bisherige Lohnbestimmung wurde der neue Lohn eingeführt. Für 1912 wurde ein Stundenlohn von 24 bis 30 Pf., im 3. Jahre, und für die beiden anderen Jahre von 26 bis 32 Pf. bei sechsstündiger Arbeitszeit vereinbart. Auch einmündigen Arbeitern wurde in Zehlendorf der bisherige Vertrag mit wenigen Abänderungen auf zwei Jahre verlängert. Der Stundenlohn erhöht sich in diesen zwei Jahren um 6 Pf., 1912 von 70 auf 76 Pf., 1913 auf 76 Pf. bei sechsstündiger Arbeitszeit. In Vermsdorf wurde nach zweijährigem Streit ein Vertrag auf 2 Jahre mit 4 Pf. Lohnsteigerung, 2 Pf. im ersten und 3 Pf. im zweiten Jahre abgeschlossen. In Zehdenitz besetzten sich die Unternehmers nach dreijährigem Streit die 1910 abgeschlossenen Arbeitsbestimmungen, Wasserarbeit u. a. m. in den Vertrag aufzunehmen.

**Die Lohnbewegung der Metallarbeiter im Bezirk Köpenick und Mühlheim am Havel.** Hier haben sich am 20. September Verhandlungen der Arbeiter mit dem Arbeitgeberverband beendigt, bei der Verlängerung der Arbeitszeit nicht über 57 Stunden pro Woche hinausgetragen, während die vereinbarten Gewerkschaften die letzten acht Monate Maschinenbauarbeiten in Köpenick und Mühlheim am Havel in zwei, in Köpenick in drei Schichten zu bearbeiten. Die Gewerkschaften haben sich folgende Forderungen gemacht: 1. Stundenlohn keine Arbeitszeit, für die ersten drei Arbeiterstunden am Tag 12 Pf., für jede weitere 15 Pf., pro Stunde, Sonntag 20 Pf., Zuschlag, Nacht- und Wochenlohn 80 Pf., Stundenlohn. Infolge der Verlängerung der Arbeitszeit um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunde pro Woche tritt eine Lohnsteigerung von 42 Prozent ein.

**Achtung, Maschinenisten!** Die Maschinenisten der Fischdampfer von Bremerhaven, Geestmünde und Norddeutsche befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Maschinenisten der Fischdampfer fordern eine gerechte Regelung der Löhne und ihrer Dienstverhältnisse.

Nach Beschluss des Meeresvereins müssen Maschinenisten, die ihre Stellung bei einer Meeresreise aufgeben und bei einer anderen anfangen wollen, nur ein in dem niedrigsten Gehaltsanfangen. Kein Maschinenist sollte sich verleiten, nach benannten Orten Stellung auf Fischdampfern anzunehmen, auch dann nicht, wenn von den Fischdampferbetreibern glänzende Angebote gemacht werden, da dieselben Angebote nicht von Bestand sind.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Öbrix, 14. September.** Der abgeleitete Landrat. Am 15. Juni wurde der Landrat des Reiches Rothenburg-Hopfenwerder, Dr. Reich Pagenischeid, Mitglied des Reichstages, wegen Verleumdung des Oberpräsidenten des Berliner Tageblattes, Theodor Wolff, von der zweiten Strafkammer des königlichen Landgerichts in Görlitz in zweiter Instanz zu 300 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Herr Dr. Pagenischeid hatte während des Reichstagswahlkampfes in einem Antrag gesagt, die vaterlandsliebe Gesinnung des Berliner Tageblattes sei „jammertümlich“, und der Oberpräsident des Berliner Tageblattes hatte, da eine Stellung als solche nicht tragen kann, für seine Person die Klage angehängt. In der ersten Instanz, vor dem Schöffengericht in Görlitz, war Herr Dr. Pagenischeid der Schuldsatz § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zugestanden worden, die zweite Strafkammer des königlichen Landgerichts Görlitz unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geheimen Justizrat Arndt aber hob das erste Urteil auf und sprach die Verurteilung des Landrats aus. Herr Dr. Pagenischeid legte nunmehr Revision beim Oberlandesgericht in Breslau ein, die Dienstag zur Verhandlung kam. Das Oberlandesgericht verwarf nach kurzer Beratung die Revision, so daß die Verurteilung des Landrats Dr. Pagenischeid nunmehr endgültig geworden ist.

**Schweidnitz, 10. September.** Ermittelt. Den Verwundungen der Gendarmerie ist es gelungen, den Urheber der schweren Wunden zu ermitteln, die an dem Verwundeten Hierse-mann aus Juliusdorf in Węgendorf verübt wurde. Der Verwundete, der sein Opfer in bestialischer Weise erschoss, ist ein in Węgendorf bediensteter Schweizer. Er wurde verhaftet und dem Reichsgefängnis eingeliefert. Hierse-mann liegt bedenklich darnieder.

**Schweidnitz, 10. September.** Verhaftet. Die am 27. Juli auf der Eisenbahnstrecke Schweidnitz-Königszell in der Nähe von Hünzelwitz durch Überfahren gefallene Frauensperson ist nunmehr rekonstruiert worden. Es handelt sich um die 7-jährige Witwe Klause aus Neufahrwasser.

**Schweidnitz, 10. September.** Zum Giftmord-Prozess in Nieder-Salzbrunn. Im Giftmordprozess gegen den Porzellanarbeiter Wurst, genannt Liebig aus Nieder-Salzbrunn, der im hiesigen Reichsgefängnis trotz des erdrückenden Beweismaterials fortgesetzt seine Unschuld beteuert,

finden noch weitere Ausgrabungen statt. — In einem die Lehren aus dem großen Hirschberger Giftmordprozess. Anlässlich des 20. Jahrestages der Verhaftung von hier in Nieder-Salzbrunn, wo sich am 2. März 1900 Wilhelm aus Waldenburg eingeschlossen hatte, auf dem katholischen Friedhof die nochmalige Ausgrabung des am 22. Februar verstorbenen Porzellanarbeiters Wurst, der erst am 3. Juli an der Leiche und jetzt dort war, vorgenommen ist. Der Leiche wurde aus dem Grabe gehoben und freigegeben von dort hinaus, worauf der Leiche wieder beigesetzt wurde. Die Leiche wurde noch an anderen Stellen des Friedhofs als an der Stelle, die von Erde entnommen. Diese Leiche wurde freigegeben werden vom hiesigen Untersuchungsamt und freigegeben unterstellt werden. Es dürfte kaum möglich erscheinen, daß diese Grabschändung bei dem demnächst stattfindenden Schwurgerichtsverstehe zur Verhandlung gelangen wird.

**Waldenburg, 10. September.** Massenaustragen. Die Auswanderung hiesiger Bergleute mit ihren Familien nach Amerika ist immer mehr zu. Es erfolgte am 10. September wieder eine große Massenaustragung nach den Staaten in Westfalen.

**Waldenburg, 10. September.** Eine saubere Mutter. Wenn ich meine Mutter hätte, die die geschiedene Gräfin von Waldenburg, die Frau von hier vor der Strafkammer in Westfalen zu verantworten. Das Objekt der verwerflichen Handlung war die eigene Tochter der Angeklagten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Angeklagte wird für schuldig befunden und unter Zustimmung mildernden Umstände zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

**Waldenburg, Kreis Ebersdorf, 10. September.** Eine Hochzeit. Bei der es keine Not gab. Auf dem Gute Koczke bei Koczke, Kreis Ebersdorf, wurde dieser Tage eine Hochzeit gefeiert, bei der es mit Speisen und Trank nicht knapp herkam. Es wurden benötigt: 6 Fuder, 3 Schweine, 19 Hämmer, 70 Hühner, 120 Gänse, 200 Schafe, 13 Fuhren, 400 Strohballen Weizen und 1000 Pfundchen Sonnenblumen. Ja, ja, den Agrariern geht es schlecht.

**Waldenburg, 10. September.** Verbrannt. In Ebersdorf wurde ein Haus des Bauers Anobloch nieder. Die Frau und die 14-jährige Tochter des Besitzers sind durch den Brand in der Brand von ihr verbrannt worden.

**Waldenburg, 10. September.** Glück im Unglück. Die Frau des Zimmerarbeiters D. Schreiber in Ebersdorf, die ihrem Mann, der von der Arbeit kam, entgegenkam, und dabei an dem Stierhaken, in welchem Schiefer arbeitet, entlang ging, kam für 14 Monate alles überleben dem Brande zu nahe und stürzte 10 Meter tief in den Stierhaken. Runderhakenverletzung ist dem Unfall außer dem Schreck und einer kleinen Wunde nicht passiert.

**Waldenburg, 10. September.** Die Landarbeiter. Die Landarbeiter sind in diesem Jahre während der Ernte mehrere Krankheiten unterworfen, die auf Vergiftung hindeuten können. Die angefallenen Krankheiten ergaben, daß der zweiten Deputatmehl und Brot von verdächtigem Aussehen gebacken worden war. Was davon noch nicht verzehrt war, wurde durch die Untersuchung und dem hiesigen Gesundheitsamt übergeben. Dort stellte man fest, daß das Brot mit einem Gift durchsetzt war und das Gift ein Gift war, welches das Aussehen hatte. Die Deputatmehl war ebenfalls darauf untersucht, daß es ausgewaschenes Getreide zur Herstellung des Mehles verwendet worden war. Brot und Brot waren von dem Bäckermeister Jakob Klein in Ebersdorf gebacken, der die Verfertigung für mehrere große Mägen in dieser Gegend hat. Wegen dieser wurde daher wegen schuldiger Verletzung des Nahrungsmittelgesetzes Anklage erhoben, und die 1. Strafkammer beauftragte ihn jetzt zu einer Woche Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte fünf Monate beantragt. — In Ebersdorf da der so viel gerichtete Konsum der Arbeiter, man hat von dieser Geschichte in konstanten Mägen noch nicht gesehen. Der Fall ist ein trefflicher Beweis für die nachlässige Arbeiterhandlung auf großer Welt.

**Waldenburg, 10. September.** Ein aufreißender Vorfall. In Ebersdorf am Montag gegen Mittag am Bahnhofangelegenheit. Die Schraube war schon gelockert, als noch ein Gelbarm über den Überhang wollte. Die Arbeiter öffneten nachmalig. Raum aber war das Pferd auf den Geleisen, als es stürzte und in etwa 50 Meter Entfernung der Frau von Egan herannahend. Die Anfälle des Wagens bemühten sich vergebens, das Pferd schnell empor zu ziehen. Der Lokomotivführer bremste mit Gewalt und so konnte ein großer Unfall verhindert werden. Kam der Frau aus entgegengekehrter Richtung, so war ein Zusammenstoß unvermeidlich.

**Waldenburg, 10. September.** Richtiges Tod. Im Hotel „National“ ist ein Hamburger Reisender in der Nacht von Montag zu Dienstag plötzlich verstorben. Die Frau, bei der er beschästigt war, veranlaßte seine Leichensicht nach der Heimat.

**Waldenburg, 10. September.** Erhängt. Im hiesigen Volkshaus (Königszell) wurde heute ein Unfall ereignet. Der Unfall ereignete sich um 5 Uhr nachmittags eingeleitet worden und beim Verabschieden des Leichens wurde die Tat entdeckt. Zum Erhängen verwandte der Tote den Leib.

**Waldenburg, 10. September.** Selbstmord. Gestern früh in der fünften Stunde wurde am Necken der Stadtmühle der beim hiesigen Landratsamt beschäftigt gewesene Bureaubeamte Gammert aus dem Wasser gezogen. Der Tote kam erst kurze Zeit vorher in das Wasser gemungen sein. Die Schuhe, sowie das Taschentuch verbleibe auf der Brücke abgelegt. Bei dem ins Wasser Wurfen muß er mit dem Kopfe auf einen harten Gegenstand aufgeschlagen und vielleicht betäubt worden sein, da die rechte Gesichtseite bei den Schläfen einen großen blutunterlaufenen Fleck aufwies. Gammert war nicht verheiratet. Was denselben zu der Tat getrieben hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Tote soll an Krämpfen erlitten haben und hat diese Krankheit vielleicht mit zu diesem Schritte beitragen helfen.

**Waldenburg, 10. September.** Entbehrungslohn für die notleidenden Agrarier. Die Zuckerfabrik Budy, an der ohne Ausnahme Agrarier beteiligt sind, verteilt in diesem Jahre 28 Prozent Reingewinn. Also über ein Viertel ihres eingezahlten Geldes erhalten die Aktionäre in einem Jahre zurück, während die Arbeiter der Zuckerfabrik den Hungererleiden immer enger stehen müssen.

**Waldenburg, 10. September.** Bevorzugt bei Guern Einkäufen unsere Zurechenern und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

**Unsere Marine** 2 Pfg. Cigarette

Georg A. Jasmatzi Akt.-Ges.  
Größte deutsche Cigarettenfabrik  
DRESDEN

Abzahlungsgeschäfte

Wübel u. Waren-Verschleißhaus gegen Bar und auf Abzahlung

Adolf Schröter, Kaufmann

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Erste Brauerei

Seinze, Hermann, Ranastraße 68

Stöckel, Carl, Ranastraße 68

Thomas Brause, Zeyherstraße 2411

Bäckereien und Konditoreien

Wider, August, Altes Landstraße 5

Wagner, W., Schwanenstraße 19

Wurde, Friedr., Wöhringerstraße 18

Zierich, W., Ranastraße 36, Ecke Zeyherstr.

Zinn, Hermann, Ranastraße 12

Fröhlich, Carl, Oderstrasse 29

Hoffmann, W., Zeyherstraße 55

Hörig, Gustav, Wöhringerstraße 21

Hübner, Carl, Ranastraße 21

Kraus, Wilhelm, Ranastraße 35

Kruska, Wilhelm, Ranastraße 35

Lang, Carl, Ranastraße 35

Marquardt, Josef, Wöhringerstraße 3

Maabe, Otto, Zeyherstraße 15

Meißner, Adolf, Zeyherstraße 17

Stantke, Wilhelm, Wöhringerstraße 4

Vogel, Th., Nachodstrasse 13

Wagner, Eduard, Wöhringerstraße 43

Walter, Josef, Wöhringerstraße 1

Wandl, Gust., Wöhringerstraße 54

Jadeanstellen

Wirths-Geb., Neue Gasse 14

Bandagen

Fritz, W., Wöhringerstraße 80

Rein, Joh., Schmiedestr. 17/10

Bettfedern und Schnittwaren

Geschw. Kopf, Andersstrasse 2

Bier-Brauereien, Bier-Verleger

Brauerei Sacrau, Genossenschaftsbrauerei

Zum Nassbaum, a. l. m. b. H.

Genossenschafts-Brauerei

Fritz & Göttsche, Jüdischen-Platz

Wenzel, J., Kupfergasse 5

Wöhrer, Franz, Ranastraße 76

Wiesner, F.W., Brauerei, Neumarkt

Blumenhandlung und Kränze

Wagner, W., Wöhringerstraße 3

Café

Wagner, W., Wöhringerstraße 3

Erscheint Umal wöchentlich

Fleischerhandlungen u. Wurstfabriken

Wirth, Gustav, Zeyherstraße 10

Baumgart, P., Zeyherstraße 18

Vider, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Herndt, W., Zeyherstraße 18

Bezugsquellen-Verzeichnis

Haus- u. Küchengeräte Glas- u. Porzellanhandl.

Bayer, S., Zeyherstraße 1

Herm. Sachs Nachf., Adelbergstr. 20

Herren-Garderobe

Landsberg, Max, Zeyherstraße 27

Zimmermann, C., Zeyherstraße 27

Hüte und Mützen

Barth, H., Zeyherstraße 20

Strabburg, Hul-Bazar, a. b. Universität

Herren-Artikel

Goetz Söhne, Zeyherstraße 42

Kaffee, Tee

Gewaltig, Heinrich, Zeyherstraße 17

Pohl, B., Zeyherstraße 2

Schüssler, Ernst, Zeyherstraße 2

Kinematographen

Kleiderstoffe, Seidenwaren

Hocht & David, Zeyherstraße 2

Kohlen u. Briketts

Kolonialwaren

Konfitüren und Schokoladen

Korsetts

Lampen

Lederwaren und Sattler

Lager

Linoleum, Wachstuche

Malzkaffee

Manufaktur-Modewaren

Milch- und Butterhandlungen

Möbel-Magazine

Musik-Instrumente

Nähmaschinen

Optiker

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Papier- und Schreibwaren

Feizwaren

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Photographische Ateliers

Putz, Modes

Restaurateure

Schneiderei-Artikel

Schuh-Union

Stumpfstickerien, Strümpfe

Trauer-Kleidung

Uhren und Goldwaren

Versicherungen

Waren- u. Kaufhäuser

Wäsche, Trikots

Bezugsquellen-Verzeichnis

Milch- und Butterhandlungen

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Bezugsquellen-Verzeichnis

Serganzine

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Bezugsquellen-Verzeichnis

Werkzeuge, Haubeschlag

Friedrich, Gebr., Zeyherstraße 17

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6

Woll, Josef, Zeyherstraße 6